

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

185 (7.7.1921) Erstes bis Drittes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
Die 9. Verbandsversammlung
oder deren Raum a) total
1.40 Mk. b) auswärts 1.60 Mk.
Reklamestelle 5.— Mk. an
erster Stelle 5.50 Mk.
Nebst nach Tarif.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags.
Keinere Anzeigen freibleibend
bis 4 Uhr nachmittags.
Rechnungsabfertigung:
Geschäftsstelle Nr. 208.
Berlin Nr. 21 u. 297.
Schriftleitung 20 u. 684.
Schriftführer Nr. 19.

Bezugspreis:
In Karlsruhe frei ins Haus
geliefert monatlich 6.— Mk.,
in den Ausgabestellen ab-
nehmt monatlich 5.50 Mk.,
außerwärts durch unsere
Agenturen bezogen 6.— Mk.,
monatlich durch den Brief-
träger freins Haus gebracht
monatlich 6.— Mk., viertel-
jährlich 18.— Mk.
**Berlin, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mitterstraße 1.**

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Gesamtdirektor und verantwortlich für Politik: Hermann v. Vagel; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinz Gerhardt; für das Deutsche: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck und Verlag: G. v. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Richard Müller, Berlin-Dankow, Rosenthaler Str. 37. Telefon Zentrum 243. Für ungedruckte Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beiliegend ist.

118. Jahrg. Nr. 185. Donnerstag, den 7. Juli 1921. Erstes Blatt.

Österreichische Stimmungsbilder.

(Von unserem Korrespondenten).
Dr. D. B. Wien, Ende Juni 1921.
(Krisen über Krisen. Das neue Kabinett Schöberl. Schwierigkeiten innen und außen. Die ungehörigen Länder. Kreditation oder Anschlag? Bestimmung bei der großen und kleinen Entente. Bestimmung und der Goldschatz der Bank.)

Die Regierungskrise, die sich als Folge der Meinungsverschiedenheit zwischen Bund und Ländern in der Frage der Fortsetzung der Anschlagbestimmungen ergab, hat beinahe drei Wochen gedauert. Beweis, wie schwerwiegende Differenzen ihr zu Grunde liegen. Die waderen Steirer wollten durchaus nicht nachgeben und bestanden darauf, so wie Tirol und Salzburg am 2. Juli das Volk zu befragen, ob es den Anschlag an Deutschland wünsche. Weder Witten noch Drohungen vermochten sie von ihrem Vorhaben abzubringen, auch die eigenen Parteigenossen im Nationalrat konnten die Kollegen in der Landesverwaltung nicht im mindesten beeinflussen, und erst in allerlehter Stunde gelang es unter dem Druck äußerster, wie man sagt auch diplomatischer Pression die Vertreter von Steiermark dahin zu bringen, daß sie die Vereinbarung des schwerwiegenden Landtagsbeschlusses versprachen. (Wie die Sache wirklich ausgeht wird, ist heute noch ganz ungewiß). Daraufhin gaben zwar der Landesoberhauptmann Dr. Kintele und sein Stellvertreter a tempo ihre Entlassung, allein das Haupthindernis für die Neubildung des Kabinetts war damit aus dem Wege geräumt. Eine nochmalige Vertrauensbeweisung des gewesenen Bundeskanzlers Dr. Mayr erwies sich wohl als unumgänglich, schon weil die eigenen Parteigenossen zum Teil gegen ihn Stellung nahmen, auch das von christlichsozialer Seite vorgeschlagene Minderheitskabinett unter Führung eines anderen Parteigenossen drang nicht durch und schließlich einigten sich alle Parteien auf das sogenannte sachmännliche Ministerium, dem nur zwei parlamentarische Vertreter folgen als Kontrollorgane beigegeben wurden. (Dr. Waber, der Großdeutsche als Minister des Innern und der Christlich-Soziale Rauvoin, wie bisher — des Heereswesens). Alle wichtigen Ressorts liegen nun in den Händen bewährter Beamter, von denen manche, wie Sekundusberger, Angerer (Gandell und Gewerbe) und Sekl-Gesl. Dr. Müller (Verkehr) einen weit über ihre Tätigkeitsphäre hinausreichenden Ruf als Autoritäten in ihrem Fach genießen. Insbesondere gilt als wichtiger Fortschritt, daß die Ressorts für Handel und Landwirtschaft, wo Korruption am leichtesten möglich und am unheilvollsten ist, nun wieder von allen parlamentarischen Einflüssen freigehalten erscheinen. An der Spitze dieses nach langen Geburtswehen zu Tage getretenen Bürokraten-Kabinetts steht der bisherige Politik-Präsident von Wien, Schöberl, ein modern gebildet, anerkannt tüchtiger Verwaltungsbeamter — persönlich alleinstehend — wie es heißt, auch in Entente-Kreisen. Er darf das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die Krise in Wien in den gefährlichen Wochen nach dem Umsturz im Großen und Ganzen erhalten zu haben, und ein Streber und Kleber scheint der Mann gerade auch nicht zu sein. Es bleibt ihm unvergessen, daß er, im November des Vorjahres schon einmal zum Bundeskanzler in Aussicht genommen, das Amt sofort abgelehnt hat, als ob die von ihm für unerlässlich bezeichneten politischen Voraussetzungen nicht geschaffen werden könnten. Hoffen wir, daß Schöberl, der sicherlich eine Persönlichkeit, vielleicht sogar ein Charakter ist, mit der ihm nachgerühmten, längst alleits ererbten harten Hand in dem Gewirr österreichischer Außen- und Innenprobleme Ordnung machen wird.

Leicht wird seine Aufgabe nicht sein. Zwar nehmen ihn alle Parteien mit erwarteter Sympathie auf, aber seine Position im Nationalrat bleibt dennoch eine ziemlich schwierige. Seine Mehrheitsverhältnisse haben wir beinahe durchgehend in Österreich überhaupt nicht. Die Sozialdemokratie, die zweitstärkste Partei, verhält sich in der Opposition, Christlichsoziale und Großdeutsche sowie die deutsche Bauernpartei bilden zusammen eine lose Arbeitsgemeinschaft, die durch den ersten Zwischenfall dauernd erschüttert werden kann. Der Gegensatz zwischen diesen wider Willen in eine Majorität gezerrungenen Parteien gibt es mehr als genug — wenn auch die Kampfzweige, bei denen der Westanschauungsunterschied offen ausbrechen müßte, so lange als irgend möglich von der Tagesordnung ferngehalten werden. Die nächsten parlamentarischen Probleme sind durchaus nicht leicht. Es wird sich darum handeln, unpopuläre Steuern und Gebühren erhöhungen zu beschließen, den Wotpreis zu verteuern, die Mittel für die neue Verfassungsordnung der Bundesangestellten, die sich heute schon auf 17 Milliarden belaufen, aufzubringen, überhaupt die Frage der Bundes- und Landesfinanzierung sowie die schon so lange fällige Verwaltungsreform endgültig zu bereinigen. Ob auch nur ein Teil dieses weitläufigen Programms zur Ausführung kommen wird, läßt sich heute noch nicht voraussagen, ist jedoch angeht die tiefen Zwistigkeiten zwischen den Parteien nicht allzu wahrscheinlich. Insbesondere der agrarische Flügel der Christ-

lich-Sozialen stemmt sich gegen die vernünftige Reform, die auch ihren Interessenten Kosten auferlegt. Auch wird es recht schwer sein, die wachsende Macht der Länder, die man zu üppig werden ließ, dem allgemeinen Bundes-Interesse unterzuordnen. Ist es doch nur mit knapper Mühe gelangt, die Freizügigkeit für Sommerreisen innerhalb unserer kleinen Republik für heuer zur Tatsache zu machen! Kärnten fordert noch immer Einzelbeschlüsse, Oberösterreich behält sich mit allerlei vieldientigen Klauseln das Recht der jederzeitigen Ausweisung der Som-

Der Beuthener Zwischenfall.

(Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben).

Der Zwischenfall in Beuthen, dem ein französischer Major zum Opfer fiel, wird, wie nicht anders zu erwarten war, von einem großen Teil der Pariser Presse zu einer neuen, wütenden Deutungsbeuge benutzt. Die französischen Mütter wahren nicht die Aufklärung des Tatbestandes ab, sie setzen sich über die Tatsache hinweg, daß die französischen Truppen die Angreifer waren, sie halten sich einfach an den kurzen vorläufigen Bericht der Internationalen Kommission. Dieser Bericht, der selbstverständlich auch ohne jede gründliche Untersuchung in die Welt hinaus telegraphiert wurde, ist ein neuer Beweis dafür, daß in Opatowitz nach wie vor Herr Lerond den Kurs bestimmt. Durch die völlig falsche Darstellung, daß der französische Major von hinten ermordet ist, arbeitet die Internationalisierte Kommission bewußt der französischen Presse in die Hände und spottet der ihr gestellten Aufgabe des unparteiischen Richters und Vewalters. Es ist zu hoffen, daß die restlose Aufklärung des bedauerlichen Vorfalles auch von deutscher Seite gründlich und schnell betrieben wird. Soviel scheint schon jetzt festzuhalten, daß für die bewaffnete Attacke der französischen Kompanie auf die deutsche Bevölkerung nicht der geringste Grund vorlag. Gewiß mag der Jubel, der den Engländern entgegenkam, angesichts der Kämpfe, mit der die Franzosen empfangen wurden, scharf demonstrativ geklungen haben, aber einerseits ist das Ausbleiben einer Dotation noch kein Anlaß zur Beschwerde mit Bajonetten und Gummiknüppeln, und dann ist die so spontan zum Ausdruck gekommene Stimmung der Bevölkerung nur die natürliche Reaktion auf das Verhalten der Franzosen im Abstammungsgebiet. Das Gros der Bevölkerung handelt immer stimmungsgemäß, und es ist um so weniger geneigt, politisch zu denken und zu handeln, je mehr seine Gefühle mißhandelt worden sind. Die Beunruhigten, denen gerade die Deutschen in Beuthen zwei Monate lang durch die Schuld der Franzosen ausgeliefert waren, sind eben zu groß gewesen, um am Tage der Befreiung hinter politischer Ueberlegung Raum zu lassen. „Echo de Paris“, das strengste Äußerung der Tat fordert, ist der Ansicht, daß der Beuthener Vorfall eine Kundgebung des wütenden Hasses der ober-schlesischen Bevölkerung Frankreich gegenüber sei. Es ist nur zu wahr-scheinlich, daß diese Ansicht der Wahrheit sehr nahe kommt. Natürlich betrachtet das Frankreich, dessen Meinung in der Feststellung des „Echo de Paris“ verkörpert ist, diesen Vorfall ein strafwürdiges Verbrechen. Und doch sollten sich die Franzosen einen Augenblick überlegen, auf eine wie natürliche Weise dieser Haß entstanden ist.

Wir können hier nicht die lange Kette der schweren Unterlassungsünden und der positiven Verfehlungen aufzählen, durch die die Vertretung Frankreichs in Oberschlesien passiv und aktiv die Sade Korfanus unterstützt und die beiden Ober-schlesien verlängert hat. Zu einer solchen Erörterung sind Bände nötig. Aber die französische Regierung wird la Gelegenheit haben, in das deutsche Anklagematerial Einsicht zu nehmen, wenn Industrie, Landwirtschaft, Bürger und Arbeiter im Aufstandsbereich demnächst der J. A. ihre Rechnungen über ihre Zumutungen präsentieren. Der „Matin“ berichtet, der Abgeordnete Lesèvre beabsichtigt, in der Kammer wegen des Beuthener Zwischenfalles zu interpellieren. Für die Eindringlichkeit der Tendenz dieser Anfrage bürgt schon der Name des Interpellanten, der unter Reguies Kriegsminister war und demissionierte, weil sich die Kammer der ebenso fiktionalen wie überhandnehmenden Auffassung Lesèvres nicht anschließen konnte. Die Franzosen werden im Einverständnis mit Lerond alles tun, um den Beuthener Zwischenfall politisch für sich und ihre politischen Schützlinge auszuflachten. Ihrer Propaganda kann die deutsche Regierung am besten das Handwerk legen, wenn sie an derselben Stelle, an der Herr Lesèvre die öffentliche Meinung der Welt wieder vergiftet will, in Berlin die Aufklärung verflücht, von der man schon jetzt sagen kann, daß sie zweifelsfrei zu Gunsten der Deutschen ausfällt.

Ein Zwischenfall in Beuthen.

(Eigener Drahtbericht).

Breslau, 6. Juli. Beim gestrigen Einzug der Ententruppen in Beuthen haben sich bedauerliche Zwischenfälle ereignet. Als die Engländer durch die Friedrichstraße zogen, brachen die

mergäste vor, und gegen Tirol mußte erst die Klage beim Verfassungsgerichtshof eingebracht werden, ehe das Land seine Abfuhr (ursprünglich in Wars, dann in Kronenwährung) einzuführen, und damit der österreichischen Saluta in aller Form sein Mißtrauen auszudrücken, aufgab. Auch in Wien selbst gibt es genügend Gärungstoff. Die Feuerung hält unvermindert an. Streiks folgen auf Streiks, Anstöße gegen Behörden, wie etwa die Enthüllung über den Reichsbraming Holzabholzungsvertrag, wobei der Staat erheblich geschädigt

Demokratie, die sich nach sieben Wochen von der Bedrängnis durch die Insurgenten und von den Schlägen der Franzosen befreit haben, in Jubelrufe aus und stimmten vaterländische Lieder an.

Darauf schlug die französische Wache mit Kolben und Gummiknüppeln in die Menschenmenge ein. Pöblich fielen einige Schüsse, durch die mehrere Franzosen verletzt wurden, darunter ein französischer Major tödlich. Es ist noch nicht festgestellt, von welcher Seite die Schüsse kamen. Durch das rücksichtslose Vorgehen der französischen Soldaten kamen mehrere deutsche Frauen ums Leben. Auf ein Haus, aus dem angeblich die Schüsse gefallen waren, wurde ein regelrechtes Schnellfeuer mit Maschinengewehren eröffnet. Das Haus, aus dem etwa 1000 Schuß abgegeben wurden, ist vollkommen demoliert. Die Franzosen nahmen 20 Bürger von Beuthen als Geiseln in Haft, darunter die beiden Bürgermeister, sowie den Vorsitzenden der deutschdemokratischen Partei in Oberschlesien, Sanitätsrat Dr. Bloch. Durch die englischen Truppen, die die Haupttruppen besetzten, wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Berlin, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Blätter aus Breslau melden, ist nach den letzten Nachrichten der Beuthener Zwischenfall als von polnischer Seite inszeniert zu betrachten. Die Insurgenten wollten dadurch eine Unterbrechung der Räumungsaktion herbeiführen. Der fragliche Schuß, welcher die bedauerlichen Ereignisse in Beuthen auslöste, fiel aus dem französischen Kabinogarten, worauf wie auf ein Signal Schüsse polnischer Insurgenten aus einer Seitengasse erfolgten. Von einem dieser Schüsse wurde der als den Deutschen gegenüber sehr loyal geltende französische Major Monta Legre getötet. Die ärztliche Section des getöteten Offiziers hat ergeben, daß derselbe nicht durch einen Pistolenschuß, sondern durch einen Gewehrschuß getroffen wurde. Da die Deutschen nicht im Besitze von Gewehren sind, kann der Schuß nur von polnischer Seite abgegeben worden sein.

Paris, 6. Juli. (Eig. Drahtber.)

Die der „Matin“ mittels beabsichtigt der Abgeordnete Lesèvre in der Kammer wegen der Zwischenfälle, die sich in Beuthen ereignet haben, und zum Tode eines französischen Majors geführt haben, zu interpellieren.

Paris, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Ueber die Zwischenfälle in Beuthen schreibt Gustave Hervé in der „Victoire“: Wenn es Verantwörtliche für diese neuen Zwischenfälle gibt, so sind es eher unsere polnischen Freunde, die durch ihren Aufruf England und die Verteidigung des deutschen Selbstschutzes herbeigerufen haben. Dadurch wurde die schwere Lage noch verwickelter. Die Entscheidung wird um mehrere Wochen hinausgeschoben, da die Alliierten ihre Entschlüsse bisher nicht treffen konnten und nun die Grenzlinie nur unter Bedrohungen mit den Bajonetten festlegen können.

Paris, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die Ereignisse in Beuthen geben den meisten Pariser Blättern Anlaß zu neuen Drohungen gegen Deutschland. Die „Action Francaise“ erblickt darin eine Rechtfertigung der französischen Haltung gegenüber der Politik der Schonung und der Zugeständnisse der Alliierten und schiebt den deutschen Behörden die Verantwortung für die blutigen Vorfälle zu. Dagegen schreibt Gustave Hervé in „La Victoire“: Soll das Blut des französischen Offiziers, der in Beuthen ermordet wurde, das letzte sein, so ist es absolut notwendig, die zeitweilige Ruhe, die durch den Rückzug der polnischen Insurgenten und der Truppen Sifers erzielt wurde, zu beibehalten, um das Urteil endlich zu fällen und die Teilung Oberschlesiens zu vollenden. Nichts ist schlimmer als die gegenwärtige Unsicherheit und die Nervosität, die daraus entsteht. Es ist nicht recht, eine Bevölkerung einer solchen Prüfung zu unterziehen, wie es in Oberschlesien seit zwei Jahren der Fall ist.

Luquet schreibt im „Populaire“:

Die größte Verantwortung tragen die Alliierten, die sich unfähig zeigen, das ober-schlesische Problem zu lösen.

Auflösung des deutschen Selbstschutzes.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Berlin, 6. Juli. Gemäß den getroffenen Vereinbarungen hat der deutsche Selbstschutz am 5. d. M. das ober-schlesische Abstammungsgebiet verlassen und ist auf Befehl seines Führers, Generalleutnant Höfer, aufgelöst worden.

worden sein soll, oder gegen das Wohnungsam wegen parteiischer Amtsführung (überall daselbst) erzeugen eine Atmosphäre allgemeinen Argwohns und Unbehagens. Die Kriminalität nimmt weiter überhand und äußert sich in teils grauenhaften, teils grotesken Formen.

Gründliche Hilfe kann nur a mehrerlei bringen — Gelingen der Kreditation des Völkerbundes oder der Anschließung. Das Völkerbundfinanzkomitee hat endlich gesprochen und in einer langatmigen Auseinandersetzung die österreichische Frage — zum so und so vielen Male — zerlegt. Das erklärt als Voraussetzung der Gesundung die Aufhebung der Generalpandrechte für 20 Jahre, die Ergreifung der nötigsten Maßnahmen durch Österreich selbst (Währungsreform, Feststellung des Gleichgewichts im Budget, innere Anleihe) und die Befreiung der Schranken, welche den Handelsbeziehungen zwischen Österreich und den Nachfolgestaaten entgegenstehen. Ihre Zustimmung zu der Aufhebung der Pandrechte haben aber bisher nur Frankreich, England, Japan, die Tschecho-Slowakei und Belgien erklärt, während Italien und Jugoslawien, angeblich wegen der Anschließungsbewegung damit ausdrücklich zurückhalten. Eine kurzfristige Politik, denn gerade die Verweigerung der Zustimmung macht die Kreditation in ihrer Gänge scheitern und damit den Anschlag unausbleiblich! Im Punkte der von Österreich selbst zu treffenden Maßnahmen ist alles noch dunkel, es wird nur der Wunsch nach Beendigung der Zustände ausgedrückt, weiter wünscht der Völkerbund die baldmöglichste Errichtung der Emissionsbank, betont indes, daß darum nicht gleichzeitig mit der Währungsreform begonnen werden müsse. Eingehend verbreitet sich die Schrift über die Verwaltung der von Österreich angebotenen Länder, die Zusammenziehung und die Aufgabe der sämtlichen Kontrollkommission, in der österreichische Vertreter in der Minderheit sind, die Bestellung eines Aufsichtsborgans über die Verwendung der Vorkasse und schließlich mit der tröstlichen, nur leider schon zu oft gehörten und nicht eingetragenen Verheißung, daß diese Vorkasse geteilt seien und in einem für mehrere Monate verfügbarem Ausmaß in wenigen Wochen verfügbar sein werden. Das wäre allerdings der ihrnigende Punkt! In welcher Finanzlage unter unglücklicher Staat ist, geht aus der Tatsache hervor, daß eine Milliarde Kronen aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden muß, um eine für einen Monat ausreichende Mehr-Reserve anzulegen! Der Befreiung der Schranken zwischen Österreich und den Nachfolgestaaten, die der Völkerbund neuerlich mit Recht in den Vordergrund stellt, hat die langwierige, aber anscheinend wenig ergebnisreiche Konferenz in Rom gedient und wird die immer verschobene, nun aber doch Anfang Juli in Portorose unter Teilnahme der Entente-Großmächte stattfindende zweite Gesamt-Konferenz aller interessierten Staaten hoffentlich noch fruchtbarer dienen. Ohne Schaffung dieser wichtigsten Voraussetzung sind alle Verusche zur Rettung des unabhängigen Staates Österreich von vornherein torgeborn.

Daß die Anschlußfrage — vom Standpunkt der großen und kleinen Entente nenne ich sie so — in beteiligten Kreisen immer noch sehr ernst eingestuft wird, beweist die zunehmende Verschärfte Haltung Italiens, das durch den Mund seines berühmten Vertreters Österreich, dem es sonst so wohl zu tun erklärte, als einen Herz der Narben in Mitteleuropa bezeichnete und die Möglichkeit eines bewaffneten Eingreifens für den Fall weiterer Volksabstimmungen in nahe und bestimmte Aussicht stellte. Ich habe schon hervorgehoben, daß Italien hauptsächlich aus diesem Grunde — wohl auch, weil es bei der ganzen Völkerbundkreditation im Hintergrunde stand und ohne Teilnahme Americas von der Kreditteilung an Österreich nichts wissen wollte — seine Zustimmung zur Aufhebung des Generalpandrechts an den österreichischen Aktiven verweigerte. Auch muntelt man, die jüngste Wendung in der inner-österreichischen Politik, das Umfallen der feindlichen Christlichsozialen, sei erst durch das unmittelbare Eingreifen des italienischen Bevollmächtigten Loreta erzielt worden, der den mächtigsten Landesgewaltigen das Bild des bevorstehenden bewaffneten Einmarsches höchst gruselig an die Wand malte.

Sicher scheint, daß sich unsere Beziehungen zur Entente wieder ein wenig verschlechtert haben. Symptomatisch dafür ist der Brief, den Herr Herndl, Mitglied der großdeutschen Partei, an Herrn Lindley, den englischen Gesandten — allerdings inoffiziell — richtete und worin er in wie verlautet sehr unverblümter Weise den Vorwurf erhebt, die Ententemächte erhielten Österreich absichtlich in Abhängigkeit, um es gründlicher ausbeuten zu können. Der britische Gesandte hat auf dieses Privat Schreiben, das aber wohl die Meinung eines einflussreichen und namhaften Teils der Partei ausdrückt, seinerseits in nicht eben schmeichelhaftem Ton geantwortet. Politische Konsequenzen aber hat der jedenfalls unkluge Schritt bis auf Weiteres nicht nach sich gezogen.

Bekanntlich droht man uns, wenn wir von der Anschlußkonkagation nicht ablassen, u. a. auch mit dem Unterbleiben des Anfalls Bestimmungens. Matorischer aber und für uns unfreundlicher,

als diese Frage ohnedies seit geraumer Zeit behandelt wird, kann sie nicht leicht mehr behandelt werden. Dies tritt jetzt ganz besonders auffallend in Erscheinung, weil der Vertrag von Trianon nun endlich ratifiziert ist und von Rechtswegen nunmehr die Uebergabe der strittigen Gebiete an die Entente-Kommission in Debensburg erfolgen sollte, die die Weitergabe der abzutretenden Komitate an die österreichische Verwaltung vorzunehmen hat. Von der Durchführung dieser klaren Bestimmungen hört man jedoch noch nicht das Geringste. Mit Ungarn schweben zwar Verhandlungen, in denen wir unseren Standpunkt auf der Grundlage des Friedensvertrages von St. Germain mit aller Deutlichkeit präzisiert haben — allein von ungarischer Seite ist bis jetzt keine Gegenüberung erfolgt. Wir haben uns daher veranlaßt gesehen, amtl. in Erinnerung zu bringen, daß nach der feinerzeit vorgelegten Erklärung der österreichischen Regierung auch im Falle einer Fortsetzung der Verhandlungen die Uebergabe der weitungarischen Komitate an Österreich in keiner Weise verzögert werden darf. Es ist aber ganz klar, was im Grunde hinter der so jauchseligen und schamhaften Behandlung der Angelegenheit steht. Man überreißt sich nicht, weil man das Pfand in der Hand behalten und für den Fall weiterer anschlussfreundlicher Schritte in Österreich nur tatsächlich vorenthalten will. Und Ungarn, schlaue wie es ist, zieht von dieser internationalen Situation, so lange es kann, Nutzen.

Auch die erste definitive Entscheidung im Komplex der strittigen Fragen anläßlich der Liquidierung der österreichisch-ungarischen Bank ist in auffallender Weise gegen uns, freilich nicht minder gegen Ungarn, ausgefallen. Die Verteilung des Goldschatzes von fünfzig Millionen Kronen wurde mit einseitiger Begünstigung der Nationalstaaten unter empfindlicher Zurücksetzung Österreichs gelöst. Die Tschecho-Slowakei erhält von den fünfzig Millionen fünfzehneinhalb, die Jugoslawen erhalten sieben, Polen, Rumänien und Italien insgesamt fünfundsiebzig Millionen. Nur Österreich und Ungarn geben vergleichsweise leer aus. Jenen wurden nominell 7 1/2 Millionen Goldkronen zugewandt, doch wird in Wahrheit an die beiden Staaten nur der tatsächliche Betrag von je 1 1/2 Millionen Goldkronen ausgezahlt werden, weil jene Summen an Metallgeld in Abzug kommen, die sich in den betreffenden Gebieten befinden, und ferner, weil Österreich und Ungarn die zur Belegung der holländischen Kumm-Schuld verwendeten Beträge verrechnen müssen. Die Ungerechtigkeit und Gewalttätigkeit einer derartigen Entscheidung schreit zum Himmel. Den Tschechen mit ihrer neunmal stärkeren Valuta, ihrem Volks- und Bundesreichtum über fünfzehn Millionen, den österreichischen Bettlern, die des Goldbesizes dringend bedürften, ein Viertel! Sachliche Beweggründe können für so krasse Rechtsbengungen nicht ins Feld geführt werden — es sprach eben die nackte Macht — der höhere politische Einfluß der aus unserem Fleische geschneitten Nationalstaaten. Man geht indes wohl nicht fehl, wenn man auch in diesem Diktat ein Symptom der Entente — Rancune gegen Österreich, hervorgerufen durch die unklare und schwächliche Haltung unserer verantwortlichen Faktoren zur Anschlussbewegung, erblickt.

Sforzas Nachfolger.

Zum Kabinettswechsel in Italien schreibt uns ein wohlunterrichteter Diplomat: Die Außenpolitik des neuen italienischen Ministeriums ist von größter Bedeutung für das nächste Schicksal Deutschlands, sowohl gegen Oberösterreich, als auch aus anderen allgemeinen Gründen. Als es sich entschied, daß Giolitti nicht wiederkehren, sondern Bonomi den Vorsitz des Kabinetts übernahm, da machten die Par-

teien es zur Bedingung, daß nur ein Mann der diplomatischen Schule die Nachfolge des Grafen Sforza antreten dürfe und daß dieser neue Mann sich dem Willen des Gesamtministeriums und insbesondere des fünftägigen Ministerpräsidenten unterordnen habe. Marquis della Torretta, der Erwählte, hatte bisher nur Gesandtenposten und kein selbständiges Staatsamt inne. Er wird, während Giolitti sich seit den Tagen von Rapallo ganz den inneren Fragen widmete und den Grafen Sforza in der Consulta schalten und walten ließ, sich mehr als sein Vorgänger an die politischen Richtlinien der italienischen Gesamtpolitik halten müssen. Von deutschen Politikern, die von Rom nach den Erfahrungen mit Sforza nichts Gutes mehr erhofften, wird darauf hingewiesen, daß Bonomi feinerzeit ein entschiedener Interventionist war und heute noch ein ausgesprochener Franzosenfreund sei: Ersteres ist richtig, aber eine begrabene Sache. Letzteres hat, wenn es wirklich zutrifft, wenig Bedeutung. Denn Bonomi hat sich an die Wünsche der Parteien zu halten, die ihn jetzt auf den Schild erhoben, und die Parteien wünschen keine Fortsetzung der Politik des Grafen Sforza. Seit dem Zeitpunkt, da Giolitti die Zügel des Auswärtigen schleifen ließ und Sforza die Geschäfte Italiens im Ausland allein besorgte, sank der Kredit des Landes im Konzern der Mächte. Nitti hatte es, zuletzt auf der großen Entente-Konferenz in San Remo, verstanden, der italienischen Stimme im Obersten Räte der Alliierten Gewicht zu verleihen, Sforza aber wußte dies kostbare Gut nicht zu wahren. Er wüthete mit dem italienischen Pfunde, und in dem Bestreben, alle zufrieden zu stellen, bei feinem anzuklopfen und dabei doch seine deutlichen Sympathien für Frankreich zu betätigen, erreichte er nur eine zunehmende Minderung des italienischen Ansehens. Das war so in Spaan, in London und in Paris. Mehr und mehr geriet Italien ins Schlepptau der geschickten Strategie am Quai d'Orsay. In Deutschland ward man des gefährlichen Spiels bald gewahr und hat zuletzt noch gegen Sforzas Oberösterreich-Projekte mit nicht mißverständlicher Schärfe Stellung genommen. Aber auch in Italien selbst häuften sich der Mißstöße. Keine einzige Fraktion im Parlament leistete der Consulta in letzter Zeit mehr Gefolgschaft. Es war schon nicht mehr sachliche Ablehnung, sondern persönlicher Haß, der sich in der jüngsten Zeit in immer höherem Maße von links und von rechts her gegen den Grafen Sforza angehäuft hat. Aus diesem Widerwillen gegen ihn ist ja die Koalition von Sozialisten und Sozialisten entstanden, die das Schicksal des Kabinetts entschied. Sforzas Schicksal war schon eine ganze Weile vorauszu sehen. Denn je länger er amtierte, je mehr glitt er von den Richtlinien, die diese Interessen bei der neuen internationalen Lage vorschrieben, hinab in das Gerümpel eines Systems, das er sich selber zurechtgelegt hatte und nach den Methoden der alten Geheimdiplomatie durchführte. Das tat er mit dem Erfolge, daß er aus ihrem Subjekt ihr Objekt, aus dem, der heimlich in die Zügel greifen wollte, der Gefährte und Genasführte, aus dem Beuleicher der Ausgebute wurde. Denn der tiefere Sinn der Vorgänge ist doch der, daß die fortwährend zunehmenden Zustände nisse und Gefährlichkeiten, zu denen er sich im französischen Schlepptau bereit finden mußte, die italienische Politik in eine zugleich antideutsche und antienglische Richtung getrieben haben. Das aber widerspricht den dauernden und höheren Interessen des Landes, den politischen und den wirtschaftlichen, und kompromittiert geradezu seine Zukunft. Braucht man einen Kronzeugen für diese Auffassung? Alle Welt sieht, nicht nur in Italien und selbstverständlich auch in Deutschland, den Grafen Sforza ohne Bedauern scheiden, und in London schied man ihm einen Seufzer der Erleichterung nach, aber in der Pariser Presse fließen die Zähren zahlreich. Die Pariser

Presse ist sich nicht sicher, ob es dem französischen Botschafter Barrere gelingt, den Einfluß, den er bisher in Rom hatte, gegenüber Bonomi und della Torretta aufrecht zu erhalten, und Deutschland hat allen Grund, die Auseinandersetzungen, die sich jetzt öffentlich und heimlich zwischen Italien und den anderen Ententemächten abspielen, mit Wachsamkeit zu beobachten, um seine überaus traurige diplomatische Lage nach Möglichkeit zu verbessern. Große Politik kann Dr. Rosen unter den jetzigen Umständen gewiß nicht machen. Aber der Ausd., den sich die italienische Politik gab, indem sie den Grafen Sforza abschüttelte, bietet der deutschen Regierung Gelegenheit, den Druck der französischen Auffassung über die Sanktionen, über Oberösterreich und noch über einige andere Dinge erheblich zu mildern.

Deutscher Reichstag.

Reichstanzler Dr. Wirth über die Finanzlage.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 6. Juli.

Die Sitzung beginnt nach 11 1/2 Uhr. Der Entwurf zum deutsch-belgischen Abkommen über den Friedensvertrag wird in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Gesetz über die Abänderung des Reichsbeamtengesetzes von 1903.

Zum Gesetzentwurf über die Neuordnung der im Handelsverkehr und in der Gewerbeordnung bei der Regelung des festen Verhältnisses der Handels- und gewerblichen Angelegten vorgesehenen Gehalts- und Besoldungsgrenzen wird eine einstimmige Annahme und gleichzeitige Aufnahme einer Entschließung, die die Ermartung anspricht, daß der in Aussicht gestellte Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung des Wettbewerbverbotss für die technischen Angestellten noch in der nächsten Tagung des Reichstages verabschiedet werden kann. Die bisherige Schutzgrenze soll der augenblicklichen Gehalts- und Besoldungsgrenze von 5000 M. angehoben werden. Der Gesetzentwurf und die Entschließung werden debattiert angenommen, ebenso in dritter Lesung. Der Entwurf über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und Beiträge unter

werd in zweiter und dritter Lesung behandelt.

Der Ausschuss beantragt eine Einteilung in acht Klassen: Klasse 1: 1000 M., Klasse 2: 1000—3000 M., Klasse 3: 3000—5000 M., Klasse 4: 5000—7000 M., Klasse 5: 7000—9000 M., Klasse 6: 9000—12 000 M., Klasse 7: 12 000—15 000 M., Klasse 8: mehr als 15 000 M. Als Beiträge sollen erhoben werden bis zum 31. Dezember 1923 für die Woche in Klasse 1: 3,50 M., in Klasse 2: 4,50 M., in Klasse 3: 5,50 M., in Klasse 4: 6,50 M., in Klasse 5: 7,50 M., in Klasse 6: 9 M., in Klasse 7: 10,50 M., in Klasse 8: 12 000 M. Ein Antrag der Koalitionsparteien will in Klasse 2 die vollen Wochen als Kriegsdienstzeit, in Klasse 1 außer der Kriegsdienstzeit auch die Verhinderung durch Krankheit in Anrechnung bringen. Außerdem liegt zu den einzelnen Paragraphen eine Reihe von Abänderungsanträgen der Unabhängigen vor, die sich auf die Erhöhung der Leistungen beziehen.

Abg. Giesel (Soz.) berichtet über die Ausschussberatungen.

Abg. Weitz (Ztr.) Wir lehnen alle über die Regierungsvorlage hinausgehenden Anträge ab. Abg. Frau Behn (D.N.) wünscht baldige Verabschiedung eines Weimarer Gesetzes. Abg. Erkelens (Dem.) Bei der finanziellen Notlage des Reiches ist eine weitere Erhöhung nicht zu umgehen.

Abg. Varg (Komm.) Das Reich muß jedem Mitglied der Gesellschaft, wenn es in Not gerät, die Existenz sichern. Der Redner lehnt die Beitragserhöhung ab.

Abg. Andre (Ztr.) Man kann doch nicht gleichzeitig für erhöhte Leistungen eintreten und die Beiträge ablehnen.

Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, wonach auf die Landwirtschaft besondere Rücksicht genommen werden soll, wird abgelehnt. Die Ausschussvorlage wird angenommen.

Abg. Kaiser (Soz.) Wir haben uns im Ausschuss davon überzeugt, daß es angesichts der Notlage der Versicherungssträger nicht möglich ist, alle Wünsche zu erfüllen. Wir müssen daher die Anträge, die wir schon früher gestellt haben und die von den Unabhängigen nun wieder eingebracht werden, bis zum Herbst zurückstellen.

Die unabhängig-sozialistischen Anträge auf Erhöhung der Leistungen werden darauf abgelehnt. Der Rest der Vorlage wird im wesentlichen nach den Ausschussbeschlüssen angenommen. Ebenfalls angenommen wird das Gesetz über die Erhöhung der Gehälter der Reichsanwälte und der Gerichtsvollzieher.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Erweiterung der

Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Der Ausschuss hat einige Verbesserungen der Vorlage vorgeschlagen. U. a. soll das Wochenlohn 3 M. und das Stillgeld 1,50 M. täglich betragen.

Abg. Schröder (Soz.) berichtet über die Ausschussberatungen. Abg. Frau Ames (U.S.) Die Ausschussanträge dürften keineswegs die entsetzliche Not der Wöchnerinnen beseitigen. Die Rednerin fordert dringende Erhöhung der Leistungen.

Abg. Frau Wackwitz (Komm.) tritt gleichfalls für den Antrag der Unabhängigen ein.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Ein weiterer Ausbau der Wochenhilfe ist durchaus wünschenswert. Diese Fragen müssen aber erst mit den Krankenkassen und mit dem Finanzministerium besprochen werden. So plätscht es ab.

Abg. Frau Schröder (Soz.) Auch wir wünschen den Wöchnerinnen das Beste. Aber die Krankenkassen würden unter der Last dieser Anträge zusammenbrechen. Die Anträge erfordern einen Mehraufwand von mindestens 1,2 Milliarden Mark.

Die Vorlage wird darauf mit unwesentlichen Änderungen in zweiter Lesung angenommen. Die unabhängigen Anträge werden dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die zurückgestellte Abstimmung über das

Kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsjustizminister

wegen seines Verhaltens im Falle Jago. Das Mißtrauensvotum wird in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der

Annektiertenversicherung

und über die Erhöhung der Gehalts- und Besoldungsgrenzen der Angehörigen der Versicherung wurde in dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen, nachdem die Abg. Tiele (D.N.) und Lambach (D.N.) ebenfalls ihre Zustimmung gegeben hatten.

Es folgt der Bericht des Ausschusses über die

Alkoholverordnung

Der Ausschuss fordert einen Gesetzentwurf gegen den Alkoholverbrauch, Bekämpfung der Fälschungen und Diebstahl und der Alkoholfreie bei den Reichseisenbahnen. Er fordert die Regierung auf, dem Drängen auf Verlängerung der Polizeistunde von Reichs wegen nicht nachzugeben.

Abg. Brodau (Dem.) wendet sich gegen die Forderung, daß die Regierung sich gegen eine

Von innen nach außen.

Es ist nicht erst eine Erkenntnis von gestern, daß wir zur Heilung und Gefunderhaltung unseres sozialen Körpers eine auf streng wissenschaftlichen Grundlagen ruhende soziale Hygiene brauchen. Dr. Alfons Fischer's „Grundriß der sozialen Hygiene“ ist schon 1913 erschienen. Aber die Forderung ist noch nie mit solcher Dringlichkeit gestellt worden wie heute. Zu bestreiten ist ihre Notwendigkeit nicht mehr. Allein auch innerhalb dieses zugekauften Gebietes gibt es Probleme, und eine der wichtigsten Fragen ist die: woher sollen die Kräfte kommen, um die sozialhygienischen Forderungen durchzuführen? „Auch in Wissenschaften kann man eigentlich nichts wissen, es will immer getan sein.“ (Goethe.) Und dazu gehören eben Kräfte. Das ist also eine dynamische Angelegenheit, und da gilt ein anderes Goethewort von unbegrenzter Tragweite: „Wenn man Probleme, die nur dynamisch erklärt werden können, bei Seite schiebt, dann kommen mechanische Erklärungsarten zur Tagesordnung.“ (Maximen und Reflexionen VII.) Wenn wir statt „erklären“ lösen sagen, so haben wir in dieser treffenden Bemerkung eine Kritik bisheriger Versuche und eine Wegweisung zu fruchtbarer Lösung in einem.

Es ist ein Verdienst des Münchener Professors Dr. Franz Walter, in einer der von Dr. Alfons Fischer herausgegebenen „Sozialhygienischen Abhandlungen“ von neuem auf die Notwendigkeit hingewiesen zu haben, die sozialhygienische Arbeit dynamisch zu begründen. Er hat seiner Arbeit den Titel gegeben: „Die Sozialhygiene in ihrem Verhältnis zu Weltanschauung und Ethik“ (Karlsruhe, C. F. Müller'sche Buchhandlung, 1921, 44 Seiten, Preis 7 Mk. und Buchhändlerzuschlag), und führt darin den Nachweis, daß die wertvollsten Kräfte für die sozialhygienische Arbeit aus den Tiefen des ganzen Wesens, aus dem lebendigen Weltgrund, also aus der religiösen Brunnenstube kommen müssen.

Die bloße Ethik genügt nicht. Hat doch ein so unbefangener Kritiker der Religion wie Eduard von Hartmann einmal gesagt: „Alle Moral hat sich geschichtlich aus der Religion entwickelt, und wenn auch die so entwickelten ethischen An-

lagen des Menschen zur Sittlichkeit dank ihrer Herkunft eine Zeitlang selbständig fortbestehen können, wenn sie von ihrem Mutterboden abgelöst werden, so ist doch diese selbständige Existenzfähigkeit zeitlich sehr begrenzt, und schon in der zweiten Generation machen sich deutlich die Symptome des Verfalls der Sittlichkeit bemerkbar.“

Walter führt in ruhiger Erwägung der Möglichkeiten immer wieder auf die Notwendigkeit der tiefsten Motivierung hin. Er hat den reichen Stoff in 5 Kapitel gegliedert: 1. Sozialhygiene und Weltanschauung. 2. Sozialhygiene und Sozialpolitik. 3. Sozialhygiene und Ethik. 4. Der Gegensatz der Weltanschauungen und die Sozialhygiene. 5. Sozialhygiene und Rassenhygiene. Mit großer Umsicht und Sachlichkeit behandelt er eine Fülle von Fragen, die hier zusammenfassen: Kultur, Gesellschaftsordnung, Staat, Sozialismus, Nationalökonomie und Menschenökonomie, Bodenreform, Recht auf Existenz, Recht auf Gesundheit, Schutz der Arbeit, Alkoholisierung, fernere Frage, Behandlung der Massen, Schule, Willenspflege, Befestigung und Familie, Rasse, Ehe, Erziehung, Vererbung, Mutterschaft — und viele andre mehr. Die Darstellung wird von reichlichen Literaturangaben begleitet und gestützt und führt eindringlich, ohne aufdringlich zu werden, den Nachweis der Unzulänglichkeit der rein natürlichen Motive und daß die höchsten Leistungen aus den tiefsten Gründen kommen müssen. „Es braucht religiöse Kräfte, um die ärgsten Feinde der Volksgesundheit zu überwinden.“ (S. 43.) Was William James, der amerikanische Psychologe, über ein einzelnes Gebiet der Sozialhygiene, den Kampf gegen den Alkohol, sagt, wirkt ein Licht auf das ganze Feld: „Das einzige Radikalmittel gegen die Trunksucht ist religiöser Entschluß“, habe ich die Worte oft sagen hören. Die Befürchtung, daß durch solche Beobachtungen etwa „das Sentimentale“ während in die wissenschaftliche Arbeit der Sozialhygiene eingreifen könnte, läßt der Verfasser nicht aufkommen. Die Wichtigkeit der gründlichsten methodischen Einzeluntersuchung bleibt durch seine These völlig unberührt. Macht doch auch gerade die christliche Überzeugung „die Treue im Kleinen“ zur religiösen Pflicht.

Es wäre eine lohnende Aufgabe für Leiter von Vereinen, Gewerkschaften und anderen sozia-

terestierten Kreisen, auch für die Volkshochschule, die in der Walter'schen Arbeit angeregten Fragen in freier Ausdrucksweise vollständig auszusprechen und durchzusprechen, damit die Erkenntnis, daß wir ohne sittliche Kräfte niemals vorwärts kommen, und daß die besten Quellen diese Kräfte die ihrem Wesen nach unerschöpflichen, d. h. die ewigen sind, immer mehr allgemeiner Besitz werde. Deutschland hat das Zeug dazu, in der sozialen Hygiene die Führung zu übernehmen, weil ihm die Kräftequellen am weitesten offenstehen.

Der frühere preussische Kultusminister Hänsel, ein Sozialist, sagte in seiner vielbeachteten Rede in der Volkshochschule in Berlin vom 2. Februar 1919: „So sehr ich persönlich jedem Dogmenglauben fernstehe, ... so erkenne gerade ich an, welche außerordentlich wertvollen sittlichen Kräfte auch heute noch aus der Religion, aus dem Christentum hervorquellen. ... Es ist nicht die Aufgabe des Sozialismus und kann nicht seine Aufgabe sein, diese Antriebe zu zerbrechen. ... Es muß seine Aufgabe sein, diese sittlichen Antriebe nutzbar zu machen, einzupflanzen in den Dienst des gesamten Volkes, der großen einheitlichen Nation.“

So würde sich auch vom Sozialismus her ein Einverständnis in der von Professor Franz Walter betonten Begründung der Volkshochschule aus den tiefsten Quellen herleiten lassen: Der Weg zur Gesundung des Volkstörpers geht von innen nach außen. Und zwar aus der Freude heraus. „Es ist ein hygienisches Postulat“, sagt der Berliner Arzt Carl Ludwig Schleich, „das Volk bei guter Laune zu erhalten. ... Ein frohes Volk wird auch ein gesundes sein.“

D. Paul Jaeger, Stadtpfarrer in Freiburg i. Br.

Theater und Musik.

Internationale Festspiele und Konzerte in Zürich. Aus Zürich wird uns geschrieben: Nach dem „Parität“, dem letzten eines umfangreichen musisch-dramatischen Ringes, in fast führender Gegenüberstellung: Mozarts „Entführung aus dem Serail“. Man hatte sich eines musikalischen Leiters verpflichtet, der mit großem Können und in gefühlvoller Pietät den Mozartstil beherrscht: Bruno Walter (München).

Auch hervorragende Solisten waren zur Hand: Beria Kirina zunächst als Kontrabaß. Sehr gut im Stil Karl Erb. Entzückend, ganz ionische Feierlichkeit, das Nebenpaar: Blondchen-Pedrilke: Elisabeth Schumann — Karl Sengel (früher in Karlsruhe). Ein Kabinettsstück in jeder Beziehung Paul Bennders Dömin. Die Spielrolle des Selim Bassa von Karl Schmid-Bloch würdig gegeben. Als Regisseur waltete Dr. Heudeker mit besser Einstellung auf Mozartsche Absichten. Das Ganze: ein reifliches beglückender Erfolg, der an zwei Abenden ein außerordentliches Haus zu Beifall und Ovationen hinriß.

Wie ein Idyll zwischen den großen Aufführungen: ein Wiederabend in der Tonhalle. Er sollte den wichtigsten Solisten Gelegenheit geben, sich als Wiederbühnen zu präsentieren. Karl Erb war Schubert zugewiesen in Anbetracht seiner weichen Stimme. Besonders Genuß bedeutete es, von einem Gesalter wie Heudeker Schumanns Dichterliebe zu hören. Emmy Krüger hat den starken Eindruck, der an einem Wiederabend im letzten Winter von ihrer vertieften Kunst ausging, noch verstärkt. Brahms herbe Kunst kommt ihrer Eigenart besonders entgegen. Am Klavier als idealer Begleiter Bruno Walter — ein Genuß für sich.

Das Badische Landestheater erwarb das mit dem Max-Rehner-Preis ausgezeichnete Drama „Anna Polyan“ von Emil Bernhard zur alleinigen Aufführung.

Der neue Leiter des Freiburger Stadttheaters, Intendant Hans Fickler, hat am 1. Juli die Geschäfte übernommen.

Klara Wiebig hat den Text zu einer Oper geschrieben, deren Musik von ihrem Sohn Ernst Wiebig stammt. Die Oper betitelt sich „Dona-tembernacht“ und gelangt zu Beginn der kommenden Spielzeit im Badener Stadttheater zur Aufführung.

Georg Kaisers neueste Bühnenschauspiel „Nolle tangere“ wurde von Direktor Barnowsky, Berlin, zur Aufführung angenommen. Das Werk wird im November in Berlin, Frankfurt a. M. und Wien aufgeführt werden.

Das Max-Rehner-Fest in Breslau, das im Rat wegen der politischen Lage abgelehnt werden mußte, ist für die Tage vom 13. bis 17. September in Aussicht genommen.

Verlängerung der Polizeistunde aussprechen solle. Wir müssen auch die Interessen der gewerblichen Kreise berücksichtigen.

Das Haus verlag die weitere Aussprache über diesen Gegenstand.

Es folgt die erste Beratung des Nachtrags zum Reichshaushaltsplan.

In der allgemeinen Aussprache erhält zunächst das Wort Reichskanzler Dr. Wirth:

Nach den Anregungen des Aelterenrats will der Reichstag Anfang September zu den großen Steuererlässen und dem Problem der Reparationen in erster Linie Stellung nehmen. Es ist gewünscht worden, daß vor dem Parlament die Steuerpläne der Regierung in allgemeiner Umriß darzulegen.

Ich habe das heute früh im Reichswirtschaftsrat schon getan. Seit zwei Jahren arbeiten wir an einer ungeheurer schweren Aufgabe der Liquidation des Weltkrieges.

Die Entwertung des Geldes ist der zweite Faktor, der unsere Finanzlage undurchsichtbar gestaltet. Dazu kommt die Forderung der Annäherung des Inlandspreises an den Weltmarktpreis, die Fortsetzung des Uebergangs zur freien Wirtschaft.

Der außerordentliche Etat für 1921 weist noch die Summe von 50 Milliarden Mark auf. Dieser außerordentliche Etat muß möglichst rasch abgebaut werden.

Die Reparationspolitik und jede Steuerpolitik müssen abstrudelt geführt werden, wenn die Mark dauernd stützt.

Der Reichsfinanzminister erörterte dann den in Frage kommenden Ausbau der alten und die Schaffung von neuen Steuern.

Der Reichsfinanzminister erörterte dann den in Frage kommenden Ausbau der alten und die Schaffung von neuen Steuern.

Der Reichsfinanzminister erörterte dann den in Frage kommenden Ausbau der alten und die Schaffung von neuen Steuern.

Aus direkten Steuern sollen sich 40% Milliarden ergeben, aus indirekten 38%. Insgesamt würden sich somit 54% Prozent auf direkte, 7 Prozent auf die entbehrlichen Genußmittel und 38% Prozent auf alle übrigen Steuern erheben.

Das Steuerprogramm steht erst in seinen Umrißen da. Ueber die einzelnen Vorlagen wird im Kabinett nach und nach entschieden werden.

Der Reichskanzler verweist in seinen weiteren Ausführungen auf eine Note der Garantiekommission, in der durchgreifende Reformen verlangt werden.

Es folgt nun eine erregte Aussprache.

Abg. Trimborn (Str.) unterbrecht die Worte des Reichskanzlers über die Sanktionen und Oberschleusen.

Abg. Dr. Helfferich (D.N.): Den Worten über Oberschleusen und über die Sanktionen stimmen wir zu.

Abg. Heil (Soz.): Unerbötlich ist das Vorgehen der Entente, aber Helfferich hat kein Recht zu Vorwürfen.

Abg. Weder (D.N.P.): Was wir heute gehört haben, gibt uns einen kleinen Vorgeschmack von dem, was wir im Herbst zu hören bekommen werden.

Abg. Cispian (U.S.): Was wir jetzt erleben, ist eine Folge des kapitalistischen Imperialismus.

Abg. Reinach (Dem.): Wir schließen uns dem Protest gegen die unrechtmäßige Aufrechterhaltung der Sanktionen und gegen die unrechtmäßige Vorenthaltung Oberschleusen voll an.

Abg. Dr. Geyer (Komm.): Herr Helfferich hätte nicht so verhängnisvoll wirken können, wenn er nicht die Unterstützung der bürgerlichen Parteien und die Mitarbeit der Mehrheitssozialisten gehabt hätte.

Abg. Leicht (Wap. R.P.): Wir werden in den Steuerfragen im Herbst einen gerechten Ausgleich finden müssen.

Bei dem Reichsjustizministerium stellt Reichsjustizminister Schiffer fest, daß er keinem Teilnehmer im Kapp-Putsch die Amnestie versprochen habe.

Abg. Dausche (D.N.P.): Die ungewöhnliche Witterung hat die Kartoffelernte in diesem Jahre bedeutend vermindert.

Die Darlegungen des Reichskanzlers im Kabinett. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 6. Juli. Laut B. Z. a. M. sind die Beratungen im Kabinett über die Maßnahmen, die zur Lösung der Steuer- und Reparationsfragen führen können, gestern zu Ende geführt worden.

Dr. Wirth über die Aufhebung der Sanktionen. (Eigener Drahtbericht.)

Düsseldorf, 6. Juli. In einer Unterredung des Berliner Vertreters einer rheinischen Zeitung mit dem Reichskanzler Dr. Wirth erklärte dieser im Hinblick auf die Auslassungen in der französischen Presse, die nur auf eine fälschliche Aufhebung der Sanktionen hinarbeitet, u. a., daß man bei der Arbeit, zu einer Verständigung zu kommen, ständig auf Schwierigkeiten durch die Sanktionen stoße.

der Pariser Wiederaufbauverhandlungen. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 6. Juli. Der Reichskommissar für Wiederaufbau Dr. Guggenheimer wird am nächsten Freitag zur Fortsetzung der Verhandlungen über den Wiederaufbau nach Paris begeben.

Verschiedene Drahtmeldungen.

Neue Erregung im Kreise Hindenburg. (Eigener Drahtbericht.)

Hindenburg, 6. Juli. Als in Abzügen die neue Ortspolizei aufgestellt werden sollte, wurden ausschließlich Injuranten in die Polizei aufgenommen.

Hindenburg, 6. Juli. (Eig. Drahtber.) In der Sitzung des Dries trieben am Abend des 3. Juli bewaffnete Injuranten ihr Unwesen und terrorisierten Bürger und Arbeiter.

Hindenburg, 6. Juli. (Eig. Drahtber.) Der Berliner Magistrat hat eine Kommission gewählt, die beauftragt ist, mit den städtischen Arbeitern Verhandlungen anzuknüpfen, um die drohende Streikgefahr in den Berliner städtischen Betrieben zu beseitigen.

Polnisches Militär in Oberschlesien. (Eigener Drahtbericht.)

Katibor, 6. Juli. Wie heute einmündig festgestellt steht in diesem Augenblick folgendes polnisches Militär auf oberschlesischem Gebiet: Schopinik: Inf.-Regt. 54; Neu-Berun: zwei Schwadronen der 18. Ulanen; Laurabütte: Inf.-Regt. 116; Sosnowitz: Pioneer-Regt. 11, Teile davon in Schopinik.

Das Urteil im sechsten Kriegsschuldigenprozess. (Eigener Drahtbericht.)

Leipzig, 6. Juli. Um 3 Uhr 10 betritt der Gerichtshof den Sitzungssaal. Der Verteidiger von Major Krusius verliest einen Brief, in dem sich ein Feldwebel anbietet zu bekunden, daß auch Major Müller den Brigadefeldbefehl gehört habe.

Die Tagung für Binnenschifffahrt in München. (Drahtmeldung unv. Münchener Korrespondent.)

München, 6. Juli. Den Ausbau der oberen Donau zur Großschiffahrtsstraße besprach Vizepräsident Sametichel-Augsburg. Es handelt sich dabei um die Strecke zwischen Ulm und Kehlheim.

Reichsverkehrsminister Gröner in München. (Drahtmeldung unv. Münchener Korrespondent.)

München, 6. Juli. Reichsverkehrsminister Gröner hat bei seinem Besuch in München mit der bayerischen Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums vereinbart, daß die in erster Linie bayerische Interessen berührende Frage des Verkehrs mit deutschen und ausländischen Nachbarn in Bayern behandelt werden soll.

Die Kommunistenherrschaft in Heilfeld gebrochen. (Eigener Drahtbericht.)

Heilfeld, 6. Juli. Bei der hier erfolgten Stadtwahl erzielte die kommunistische Partei ein Scheitern.

Der Markkurs in Zürich. (Eigener Drahtbericht.)

Zürich, 6. Juli. Die heutige Schlussnotierung 100 M. = 7,85 Geld, 7,95 Brief-Franken.

Frankfurt, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Auf Anordnung der Entente muß demnächst der Abbruch der Luftschiffhalle erfolgen.

Berlin, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Berliner Magistrat hat eine Kommission gewählt, die beauftragt ist, mit den städtischen Arbeitern Verhandlungen anzuknüpfen, um die drohende Streikgefahr in den Berliner städtischen Betrieben zu beseitigen.

Deutsches Reich.

Der deutsche Reichshaushalt für 1921.

Für das Rechnungsjahr 1921 schließt der gesamte Reichshaushaltplan im ordentlichen Etat mit 48 459 Millionen Mark in Einnahme und Ausgabe. Es fehlen an ordentlichen Einnahmen 4250 Millionen zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben. 49 180 Millionen Mark sind im außerordentlichen Haushalt ungedeckt u. durch Anleihen zu beschaffen. Unter den außerordentlichen Einnahmen von 10,5 Milliarden Mark befindet sich ein Betrag von 7,8 Milliarden Mark aus dem Reichsnotopfer, der zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Etats mit herangezogen werden soll. Aus dem Reichsnotopfer wird für das Rechnungsjahr 1921 eine Einnahme von insgesamt 10 Milliarden Mark erwartet. Für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung sind die Fehlbeträge für 1921 veranschlagt mit 4515 Millionen Mark. Die Ausführung des Ultimatums in hauswirtschaftlicher Beziehung ist im Haushalt für 1921 noch nicht zum Ausdruck gekommen, sie wird einem besonderen Nachtragshaushalt vorbehalten bleiben.

Nach Vollzug der Entwaflung.

Mit dem Ablauf des 30. Juni sind die Vorarbeiten des Gesetzes über die Entwaflung der Bevölkerung außer Kraft getreten. Die Herstellung von Kriegswaffen und Munition bleibt aber auch nach dem 30. Juni entsprechend dem Artikel 168 des Friedensvertrages nur dem Reichswehrministerium besonders zugelassenen Fabriken gestattet. Zumbekanntmachung werden mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bis zu 100 000 Mark bestraft.

Ein deutsches Graubuch über den polnischen Luftstand.

Das Auswärtige Amt hat ein Graubuch verfaßt, das eine Zusammenstellung des vorliegenden Materials über den 3. Aufstand in Oberschlesien vom Mai/Juni 1921 enthält. Die Zusammenstellung bringt Auszüge aus protokollierten Aussagen, Bilder von Greuelthaten, Verletzungen und Plünderungen durch die Polen. Aus dem Buch ist auch das einseitige Verhalten der Franzosen gegenüber dem Aufstand zu ersehen. Weiter zeigt es, wie weit die polnische Regierung an dem Aufstand beteiligt gewesen ist.

Reichs-Polizei-Schulkonferenz.

Man schreibt uns: In Hamburg findet in diesen Tagen die Tagung der ersten Reichs-Polizeischulkonferenz statt. Sie ist einberufen vom Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands und außerordentlich stark besucht. Anwesend sind außer allen Polizeibeamten aller Reichsregierungen und Ministerien fast aller Bundesstaaten und eine Reihe von Parlamentariern. Am 30. Juni fand im „Conventgarten“ die Begrüßung der Erschienenen durch Vertreter des Senats und der Bürgerschaft Hamburgs statt. Am 1. Juli begann die eigentliche Konferenz im Universitätsgebäude. Nach Eröffnung durch Polizeischarführer Gundlach folgten Vorträge namhafter Persönlichkeiten auf dem Gebiete des Polizeiwesens und -wissens. Geheimrat Prof. Dr. Liepmann, Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg, sprach über die kriminologische Schulung der Polizeibeamten, der Direktor des Seminars für öffentliches Recht und Sozialwissenschaften derselben Universität Professor Dr. Perels über die rechts- und staatswissenschaftliche Ausbildung der Polizeibeamten. Ueber Theorie und Praxis in der Polizeischule referierte Polizeischarführer Reich, Kiel. Polizeischarführer Gundlach verteilte sich in einem eingehenden Vortrag über die Organisation des Polizeiwesens. Im Anschluß daran soll eine Ansprache über die Fortschritte stattfinden und zur Bildung von Lehrkommissionen geschritten werden. Die Konferenz plant ferner die Befähigung der Hamburger Einrichtungen auf dem Gebiete des Polizeiwesens.

Zur Frage der gesetzlichen Beamtenervertretung.

In München fand zwischen dem Räteauschuss des Deutschen Beamtenschaftsbundes und den Vertretern der süddeutschen Beamtensorganisationen eine Aussprache statt, bei der folgendes Ergebnis erzielt wurde: Die völlige Einmütigkeit bestand über die unbedingte Notwendigkeit einer Aufrechterhaltung eines folgerichtigen Ausbaues des öffentlichen Charakters des Beamtentverhältnisses. 2. Uebereinstimmung herrichte auch darüber, daß die Beamtenervertretungen (Räte) nach dem Entwurfe des D.V.B. mit möglichst weitgehenden Befugnissen, insbesondere dem Mitbestimmungsrecht samt Schlichtungsansprüchen ausgestattet seien. 3. In dem Entwurf des D.V.B. ist die Möglichkeit einer Gesamtbeamtenervertretung (Zentralrat, oberster Reichsbeamtenrat) vorgesehen. Es ist notwendig, daß das Reichsgesetz Bestimmungen für den Fall vorsehe, daß die beteiligte Beamtenschaft solche Gesamtbeamtenervertretungen wünscht, damit Angehörigen in der Ausgestaltung dieser Gesamtbeamtenervertretung möglich hinhingehalten werden. Diese Ergänzung soll rahmengesetzlich in dem Entwurf des D.V.B. hineingetragen werden. 4. Mit besonderem Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß die Verabschiedung des Gesetzes über Beamtenervertretungen mit größter Eile zu erfolgen müsse. Die Verammlung der Sachvereinsvorsitzenden und der Bundesvorstandsmitglieder des D.V.B. Beamtenbundes, die acht Tage nach der Münchener Aussprache stattfand, kam nach ausführlichen Referaten über die Verhandlungen in München ebenfalls zu der Ansicht, daß mit der Einzelvertretung auch die Gesamtvertretung von der Beamtenschaft im kommenden Reichstag erstrebt werden müsse. Die Verammlung fasste eine Entschließung, worin für das kommende Beamtenervertretungsgesetz die Ausgestaltung mit möglichst weitgehenden Befugnissen der Einzelbeamtenervertretung, insbesondere mit dem Mitbestimmungsrecht und Schlichtungsansprüchen gefordert wird. Ferner wird unabhängig

davon die Gesamtbeamtenervertretung dringend gefordert. Der Deutsche Beamtenschaftsbund wird ersucht, bei Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag energisch im Sinne der genannten Forderungen vorzureden zu werden.

Bund Deutscher Frauenvereine.

Die 12. Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine findet am 6., 7. und 8. Oktober in Köln statt. Der Bund Deutscher Frauenvereine ist der größte deutsche interkonfessionelle, überparteiliche Zusammenschluß von Frauen; er hat Köln zu seinem Tagungsort gewählt, um den Zusammenhang mit den Bewohnerinnen des besetzten Gebietes zu stärken und zu fördern. Die beiden grundlegenden Thematia, die zur Behandlung kommen, sind: „Fragen der Mädchenbildung“ und „Sielung und Aufgaben der Familie in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft und Gesehgebung“. Die Verhandlungen des Bundes sind öffentlich.

Ausweisungen aus Bayern.

In Gmund am Tegernsee sind zwei aus Bad Nissingen zugewandte russische Sowjetkommisare ausgewiesen und nach Berlin, wo sie gewesen waren, zurückgeschickt worden. Es handelt sich um den Volksbeauftragten für die Finanzen Krestibsky und seinen Sekretär Deutschmann aus Moskau.

Gründung einer Vereinigung bürgerlicher Zeitungen in München.

Die durch den letzten politischen Streik verursachte Rohmung der bürgerlichen Presse hat die Münchener Zeitungsverlage veranlaßt, eine Vereinigung bürgerlicher Zeitungen zu gründen, um ihre berechtigten Interessen in Zukunft gegen neuerliche Schädigungen besser wahren zu können.

Ein Erlaß der Saarregierung.

Die Regierungskommission des Saargebietes veröffentlicht folgenden Erlaß: Den Gemeinden, sowie allen öffentlichen Anstalten und Körperschaften des Saargebietes ist es verboten, Unterhaltungen oder Zuschüsse des Deutschen Reiches, des preussischen und bayerischen Staates oder den Dienststellen dieser Regierungen ohne Genehmigung des Regierungskommissars zu beantragen oder anzunehmen.

Badische Politik.

Das Gesetz über die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrrer.

Wie schon kurz gemeldet wurde, ist dem Badischen Landtag ein Gesetzentwurf über die Verbesserung des Gehaltes über die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrrer aus Staatsmitteln von der Regierung vorgelegt worden. Durch den Gesetzentwurf wird der dem Geistlichen gewährte Staatszuschuß nicht geändert. Für die katholischen Geistlichen wird der badische Staat einen Zuschuß von 355 000 M. für die evangelischen einen solchen von 300 000 M. und für die altkatholischen einen solchen von 80 000 M. wie bisher auswirken. Geändert wird durch das Gesetz die Auszahlung dieser Summen; die Beträge werden nicht mehr wie bisher an die einzelnen Pfarrrer direkt ausbezahlt, sondern in einer Summe an die Kirchen abgeführt, die dann die Verteilung besorgen. Für die Landeshaushaltskasse bedeutet diese Veränderung eine merkliche Vereinfachung ihres Geschäftsbetriebs.

Aus Baden.

× Ettlingen, 6. Juli. Die Bilanz der Albtalbahn für das verfloßene Geschäftsjahr 1920 weist einen Verlust von 855 453 Mark auf. Dabei sind von Staat und Gemeinden 4 345 400 Mark an Zuschüssen geleistet worden. — In zwei Sägewerken im Holtzbadtal wurden Treibriemen im Wert von etwa 6000 M. gestohlen.

× Diehlheim (Amtsbezirk Diebstolz), 5. Juli. Nachdem die beiden ersten Wahlgänge erfolglos verlaufen waren, wurde im dritten Schreinermeister Knopf als Vertreter der Bauernpartei mit 612 Stimmen zum Bürgermeister gewählt, während sein Gegenkandidat als Vertreter der Arbeiterpartei nur 381 Stimmen auf sich vereinigte. Abgegeben wurden im ganzen 1028 Stimmen.

× Pforzheim, 6. Juli. Bei Baihingen mußte dieser Tage ein Postzug der Linie Paris-Basel eine Vollstundung vornehmen, bei der das Flugzeug schwere Beschädigungen erlitt. (Mit welcher Berechtigung fliegen französische Fahrzeuge, denn um solche handelt es sich doch wohl, durch Deutschland, nachdem unser Flugverkehr solche Schwierigkeiten von der Entente gemacht werden? D. R.)

× Mannheim, 6. Juli. Die Sammlung für Obereschlesien ergab hier den Betrag von 87 500 Mark.

× Heidelberg, 6. Juli. Für die Auffindung des Diebstahls von 10 000 M. wurde dem Verführer in den mit Bürgermeister Werner verhandelt, hat die Stadt Herford 1. W. eine Belohnung von 10 000 M. ausgesetzt. Außerdem hat der Herforder Magistrat 2 Vertreter nach Heidelberg entsandt, die mit der hiesigen Staatsanwaltschaft über die Mittel zur Auffindung der beiden verschwundenen Bürgermeister beraten. Die Annahme gewinnt an Boden, daß die beiden Vermissten die Opfer eines Verbrechens wurden. — Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin veranstaltet von 2. bis 9. August eine heimatische Studienfahrt nach Heidelberg. Hier werden Vorträge über die Geschichte Heidelberg und seines Schlosses gehalten. Besichtigt werden das Schloß, die Universitätsbibliothek, die städtischen Sammlungen, der Ringwall und die Karolingische Basilika auf dem Delligenberg, Mannheim, Schwetzingen, Bruchsal, Speyer u. a. Orte.

× Gaggenau, 6. Juli. Die Gemeinde Obermeier sandte mehrere Zentner Kirzchen zur Verteilung an die hiesige ärmere Bevölkerung und die Schulkinder.

× Rahr, 6. Juli. In einer Versammlung der landwirtschaftlichen Vereinigungen und der Gewerkschaften wurde der Erzeugerpreis auf 230 M. für den Liter festgesetzt.

× Hornberg, 6. Juli. Das letzte Unwetter hat ungeheuren Schaden angerichtet. Im Spindelgrund und auf der Gemarkung Lauterbach wurde ein großer Teil der Feldfrüchte vernichtet. Ein Wirbelsturm richtete gewaltige Verheerungen an. Vom südlichen Ausgang der Stadt bis zum Sägewerk Breithaupt an der Guitach wurden Obstbäume abgeknippt und andere Bäume entwurzelt. Das Holzlager des Sägewerks wurde von der Gewalt des Sturmes auseinandergerissen. Im Frombachtale wurden 88 starke Obstbäume vernichtet. Ein wildes Chaos ist der Wald oberhalb des Frombachtalbauernhofes. Auf einer Fläche von 100 Quadratmeter steht kaum mehr ein Baum. Zwei mächtige Farnen wurden auf das Dach eines Gebäudes geschleudert, ein Teil des Daches vom Sturm davongetragen und bis jetzt noch nicht wieder gefunden. Der Schaden beträgt weit über 30 000 Mark.

× Emmendingen, 6. Juli. Der Schaden, den die Unwetterkatastrophe am letzten Donnerstag im Freiland anrichtete, geht in die Millionen von Mark. Die betroffenen Getreidefelder sind vollständig vernichtet, die Kartoffel- und Liefers vielleicht noch ein Drittel Ernte. Der Hagel kam nicht nur in Tauben- und Hühnergröbe, sondern in vereinigten Städen nieder, so daß, wer nur kurze Zeit in das Wetter kam, ganz schwere Verletzungen davontrug.

× Willingen, 6. Juli. Die Ermordung des fürstbergischen Jagdassessors Bürger bei Bränningen durch den etwa 35jährigen Mechaniker G. Schmidt rufte hier lebhaft eine frühere Wilderer-Affäre des nun zum Mörder gewordenen hervor. Vor Weihnachten 1919 war es den unablässigen Bemühungen der Gendarmerie gelungen, einer größeren Wilderergesellschaft auf die Spur zu kommen, unter der sich auch Georg Schmidt befand. Die Untersuchung hatte dann ergeben, daß die Wilderer nicht weniger als 17 Reize zur Strecke gebracht hatten. Schmidt wurde dann damals zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, hatte sich aber so ausgezeichnet gefügt, daß er einige Monate der Strafe gektigt bekam. Von hier zog Schmidt dann nach Wolterdingen.

× Müllheim, 6. Juli. In Brühlingen stürzte der 73jährige Landwirt Ludwig Stegler beim Kirchengang ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

× Waldsloh, 6. Juli. Die Wirtschaft zum „Schiffelhof“ ist von der Zollverwaltung angekauft worden; sie will darin ein Zollamt mit zehn Beamten unterbringen.

× Kopsburg, 6. Juli. Der im Hauptsteueramt tätige Betriebsassistent Friedrich Hermann, der vom Felde her an Nervenanfällen litt, fiel in einem solchen Zustand die Treppe zu seinem Dienstzimmer hinunter und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

Karlsruher Herbstwoche 1921.

Zusammenkunft der Angehörigen des früheren Feld-Art.-Regiments Nr. 50. Am letzten Samstag hatten sich über 100 Angehörige des ehem. Feld-Art.-Reg. Nr. 50 zu einer kameradschaftlichen Vereinigung hier versammelt, um ihre Kriegs- und Friedenserinnerungen auszutauschen und das alte Kameradschaftsgefühl aufzufrischen. Es wurde beschlossen, in Verbindung mit der großen Karlsruher Herbstwoche am 1. und 2. Oktober d. J. in Karlsruhe eine Zusammenkunft der ehem. 50er des ganzen Landes zur Ehrung der gefallenen Helden und zur Erneuerung und Pflege der alten Kameradschaft abzuhalten. Alle früheren Angehörigen, die dem Regiment oder den von ihm aufgestellten Formationen im Kriege und Frieden angehört haben, werden zur Teilnahme aufgefordert, und um Weiterverbreitung dieser Nachricht gebeten. Es ist in Aussicht genommen: am Samstag, den 1. Oktober ein Begrüßungsabend in der Festhalle und am Sonntag, den 2. Oktober, vormittags, eine Feldgedächtnisfeier auf dem Friedhof. Mittags findet ein gemeinsames Essen und anschließend gefelliges Zusammenkunft statt. Die Kameraden, die sich an der Zusammenkunft zu beteiligen beabsichtigen, mögen bald ihre genaue Adresse an den Vorsitzenden des Festausschusses, Hermann Brändt, Karlsruhe, Waldring Nr. 8, einfinden.

Aus dem Stadtkreise.

Lebensmittelverteilung. In der nächsten Woche kommen amerikanisches Weizenmehl und Rindermehl zur Verteilung. (Näheres in der Anzeige.)

Das Städtische Brennholzamt veröffentlicht im Anzeigenteil eine Bekanntmachung über Lieferung von Hausbrandholz.

Das zwischenstaatliche Ausgleichsverfahren. Aus dem Reichsausgleichamt verlautet, daß nach einem vor kurzem getroffenen Abkommen Forderungen im zwischenstaatlichen Ausgleichsverfahren bis 30. September geltend gemacht werden können. Damit ist den deutschen Gläubigern, die aus irgend einem Grunde verfaumt haben, ihre Ausgleichsfordernungen rechtzeitig anzumelden, jetzt Gelegenheit gegeben, das Verfaumt noch nachzuholen. Die Geltendmachung von Ausgleichsfordernungen nach dem 30. September dürfte wohl ausgeschlossen sein. Sowohl das Deutsche Reich als auch die deutschen Gläubiger selbst haben ein Interesse daran, daß alle Verbindlichkeiten, die nach dem Verfall der Verträge im Wege des Ausgleichsverfahrens zu regeln sind, tatsächlich auch nur auf diesem Wege geregelt werden. Deshalb kann den säumigen Gläubigern nur dringend geraten werden, etwaige noch nicht angemeldete Ausgleichsfordernungen sofort anzumelden. Gläubiger, die es unterlassen, ihre Ausgleichsfordernungen sofort anzumelden, sehen sich außerdem nach § 64 des Reichsausgleichsgesetzes strafrechtlicher Verfolgung aus, und auch der Gefahr, daß ihre Forderungen gemäß § 18 desselben Gesetzes ohne Entschädigung enteignet werden. Straffreiheit wird nur dann eintreten, wenn die Anmeldung nachgeholt wird, bevor die Unterlassung zur Kenntnis des Reichsausgleichsamts gelangt. Es ist als sicher anzunehmen, daß das Reichsausgleichsamt von der Strafverfolgung in allen Fällen absteht, bei de-

nen nachgewiesen wird, daß der Gläubiger nicht schuldhaft die Anmeldung seiner ausgleichspflichtigen Forderungen bisher unterlassen hat. Ausschreibung. Auf die Ausschreibung im Anzeigenteil, wonach die Lehrbetriebe für Industriearbeiter, O. m. b. O., Karlsruhe, Kaiserstr. 201, ihre sämtlichen guteingeführten orthopädischen Werkstätten in ganz Baden zum sofortigen Verkaufe stellen, sei hingewiesen. Veranlassung zur Auflösung der Lehrbetriebe ist der Umstand, daß die der Gesellschaft bei Gründung zur Aufgabe gemachten Ziele — Kriegsbeschädigte aufzunehmen, solche bezw. anzulernen und sie dem wirtschaftlichen Leben wieder als brauchbare Kräfte zuzuführen — erfüllt sind. Im Interesse der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist selbstverständlich eine Weiterführung der Betriebe dringend erforderlich, damit die geschaffenen Neuerungen und gemachten Erfahrungen auf dem Gebiete der Orthopädie auch künftighin den Rentenempfängern zugute kommen.

„Der praktische Ratgeber für Schwerhörige“ beilltet G. R. Schulze, Berlin-Wilmersdorf, Holsteinschtr. 16, eine von ihm verfaßte Broschüre, die er zum Selbstkostenpreis von 2,50 M. versendet. (Postcheckkonto 82 139 Berlin). Der Verfasser ist im Felde fast erblaut und gibt in seinem Büchlein beachtenswerte Ratschläge an Lebensgefährten. Das Heft kann jedem Schwerhörigen empfohlen werden.

Der Johann Stranhabend im Stadtpark, der bei außerordentlich günstigem Wetter vor sich ging, hatte die Freunde pridelnder Wiener Musik und schöner Umgebung in einer Zahl herangeführt, die an 6000 Personen heranreichte. Das Programm bevorzugte in erster Linie natürlich die Domäne des Walzers und jener dramatischen Gattung, die einen flotten und wechselläufigen Rhythmus geitaten. Vorab war es Meiter Strauß, der Keltere, der mit Hledermaus- und anderen bekannten Melodien die Hörer in jene Zeit versetzte, in der ein Walzer noch als etwas Unwiderstehliches galt. Man muß dem Wald-dirigenten einräumen, daß er, jeder Effekthascherei abhold, wirklich die Schönheiten der Instrumentation betonte, so daß die alten Melodien öfter wie in neuartiger Gewande klangen. Nicht im Raffinement erzwungener Ritardandi liegt die Stärke des Dirigenten, sondern eben in jener flüssigen Art, die nun einmal als etwas spezifisch Wienerisches angeprochen werden muß. Die grazile Gestalt des Dirigenten, seine bewingliche Physiognomie verraten den Meister des Stabs, der mit suggestiver Gewalt das Orchester seinen Willen gefügig macht. Es war eine Freude, das zu sehen und zu hören, wie das Harmonieorchester mit Lust und Liebe auf die Intentionen des Dirigenten einging und seine Aufgabe ganz vortrefflich löste. Die Vegetierung für das Gebotene und für den Dirigenten steigerte sich schließlich bis zur Ekstase, ein Beweis mehr dafür, daß der als kühl verriehene Karlsruher Temperament aufbringen kann, wenn er nur von der richtigen Seite angefaßt wird. Für den Stadtpark gestaltete sich der Abend wieder zu einem idealen und materiellen Erfolg, dem sich hoffentlich noch mancher anreihen wird.

Die Prüfungskonzerte des Münchener Konservatoriums nahmen am Dienstag abend im sehr gut besuchten Eintrachtssaal mit einem Konzert der Oberklassen ihren Anfang. Da hier schon Leistungen von Konzertreife beansprucht werden, verdient der Eindruck hervorgehoben zu werden, daß der Verlauf des Abends sowohl für die Leherer wie für die Ausführenden sehr erfolgreich und beifallvoll verlief und einen sehr verheißungsvollen Beginn für die folgenden Abende bedeutet. Sehr anregend und geschickt leitete Lucie Paul mit einem Capriccio für Klavier und begleitendes Orchester von Mendelssohn die Vortragsfolge ein und zeigte sich als volle Herrscherin der flüssigen Thematik und dynamischen Prägnanz dieses wirksamen Eröffnungsstückes. Josef Bollmer's Micaela-Arie, die ihren guten stimmlichen Mitteln Gelegenheit zu voller Entfaltung gab, leitete, von ihrem Lehrer B. Giffler am Flügel begleitet, über zum Vortrag von Mendelssohns Violin-Konzert mit Orchester durch Karl Huber, dessen überraschende Reife der Auffassung und der technischen Behandlung schon öfters gerühmt werden konnte, die mit dieser selbständigen Wiedergabe unter Leitung von Direktor Wunz wiederum Triumphe feierte. Hans Appeltel geht kompositorisch bereits eigene Wege; er ist ein stark profilierter Sucher nach klaren Ausdrucksmitteln. Die von Fr. Pracht gelungenen drei Vieder mit Klavierbegleitung verdienen den entwickelten Melodiker, namentlich in der frischen, gesangmäßigen Schreibweise für die Singstimme, die beiden Orchesterlieder auf Heines Schilde Harold und Welfazar ergaben die Fähigkeit, mit sehr kultiviertem Klangsin einen charakteristischen balladischen Grundton zu treffen. Die beiden letzteren Vieder sang mit sympathischem Bariton Herr Pehold, dem das Orchester des Münchener Konservatoriums unter des Komponisten Leitung mit vollem Verständnis für die ästhetisch auch im technischen Zusammenarbeiten glänzend gelöste sehr schwierige Aufgabe sekun-

Mit dem Überhandnehmen der telephonischen Anzeigenbestellungen

mehren sich verhältnismäßig die Beschwerden über Anrichtigkeiten, die durch Hörfehler entstanden sind. Den Auftraggebern, ebenso wie uns, sind solche Fehler natürlich sehr unwillkommen, zumal wenn sie zum Anlaß unangenehmer Auseinandersetzungen darüber werden, wer für den Fehler aufzukommen hat.

Wir bitten deshalb im beiderseitigen Interesse wiederholt, Anzeigen

nur in den dringenden Fällen

ausnahmeweise telephonisch zu bestellen, und machen höflich aufmerksam, daß wir jede Verantwortung ablehnen müssen für alle Anrichtigkeiten, die durch Mißverständnisse entstehen, welche trotz aller Aufmerksamkeit und Sorgfalt bei Telefongesprächen nun einmal nicht ausgeschlossen sind.

Karlsruher Tagblatt.

diegte, wie überhaupt diesem geschulten und brauchbaren Klangkörper das beste Lob ausgesprochen werden darf...

Chronik der Vereine.

Kantgesellschaft (Vereinigung Karlsruhe). Der bei der diesjährigen Jahresversammlung vom Vorsitzenden erstattete Jahresbericht gab ein sehr erfreuliches Bild...

Veranstaltungen.

Die Meister- und Interniervereinsversammlung hält am Sonntag, 10. Juli, 10 Uhr, im großen Saale des Golfclubs eine Mitgliederversammlung ab.

Standesbuch-Auszüge.

Eheanträge. 5. Juli: Friedrich Köhler von Jungingen, Telegrafisten-Mechaniker in Mannheim, mit Marie Christ von Weismühl...

Geburten. 30. Juni: Rudolf Ludwig, Vater Rudolf Martin, Oberleutnant; Maria Gabona, Vater Ernst Wenz...

Karlsruher Schwurgericht.

Im Schieberprozess Fries und Genossen wurde am Dienstag, nachts 12 Uhr, das Urteil gefällt.

Rechtsanwalt Dr. Kahn für Herr auf Freispruch, evtl. auf mildernde Umstände, Rechtsanwalt Steinert-Karlsruhe für die Angeklagte Scheffele auf Freispruch.

Die Geschworenen bejahen für Fries die Schuldfragen nach erworbener Urkundenfälschung, Betrugsversuch, für Dr. Weiler nach Beihilfe zur Urkundenfälschung und Begünstigung...

Grammes wurde für schuldig befunden der schweren Urkundenfälschung. Sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugestanden.

8 Karlsruhe, 6. Juli. Heute kam die Anklage gegen Friedrich Mohrhardt, Goldarbeiter aus Hirsingen (Amt Hirsingen) wegen

Wortes

zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Dier; Vertreter der Anklage war Staatsanwalt Dr. Deitigmann.

Der Angeklagte Mohrhardt ist 1899 geboren und wurde in Hirsingen Goldarbeiter. Bis zu seiner Militärzeit, die im Jahre 1916 begann, hatte er wiederholt seine Arbeitstätigkeit gewechselt...

Der nächste Zeuge, Bürgermeister von Hirsingen, berichtet über die Verhaftung. Der Angeklagte wollte zunächst nichts von der Tat wissen und ging sofort mit Mohrhardt fort...

Auf die Frage des Vorsitzenden erwiderte der Angeklagte, daß er den Revolver auf dem Weg weggeworfen habe und gab auch zu, daß er sich geweigert habe, bei seiner Verhaftung, die an

demselben Abend erfolgte, Angaben darüber zu machen, was mit der Schwarz geschähen sei.

Bei der Beweisaufnahme wurden zunächst zwei Wachtmeister gehört, die über ihre Erhebungen berichteten. Der Angeklagte habe bei seiner ersten Vernehmung nichts darüber gesagt...

Ausführungen von zwei weiteren Zeugen war zu entnehmen, daß der Angeklagte in etwa 11 Dienststellen tätig war. Infolge schlechter Führung wurde er überall nach kurzer Zeit entlassen...

Darauf wurde ein Waffenachverständiger gehört: Die Tat kann nicht, wie der Angeklagte angibt, mit einem Revolver ausgeführt worden sein.

Der nächste Zeuge, Bürgermeister von Hirsingen, berichtet über die Verhaftung. Der Angeklagte wollte zunächst nichts von der Tat wissen und ging sofort mit Mohrhardt fort...

Ein Professor der Heidelberger Klinik bestätigte über die Beobachtung des Geisteszustandes: Der Gedanke, ob eine geistige Störung vorliegt, kann, wenn erbliche Belastung ausgeschlossen ist, nur aufstehen, wenn eine Tat begangen wird...

Nach einer Mittagspause vertrat Staatsanwalt Dr. Deitigmann die Anklage: Mildernde Umstände können nicht in Betracht kommen. Der Angeklagte hat über seine Tat nie Reue gezeigt.

Nach den Ausführungen des Staatsanwaltes ergriff Rechtsanwalt Dr. Grosse das Wort zu seinem Plädoyer. Die Persönlichkeit des Angeklagten ist nicht geeignet, irgend welche Sympathie zu erwecken.

Bei der Beweisaufnahme wurden zunächst zwei Wachtmeister gehört, die über ihre Erhebungen berichteten. Der Angeklagte habe bei seiner ersten Vernehmung nichts darüber gesagt...

Im Gegensatz zu den Ausführungen des Staatsanwaltes stellt der Verteidiger fest, daß verjährte Umstände dafür sprechen, daß die Tat nicht mit Überlegung ausgeführt worden ist.

Nachdem der Vorsitzende den Begriff der überlegt und nicht überlegt begangenen Tat auseinandergesetzt hatte, zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück.

Tagesanzeiger.

Donnerstag, den 7. Juli 1921. Konzerthaus „Der letzte Welsch“. 7 Uhr. Weltpanorama. Vorbrass. Eintracht. Prüfungskonzerte des Musikischen Konservatoriums. Oberfließen. 8 Uhr.

Vom Wetter.

Wetternachrichten der bad. Landeswetterstation in Karlsruhe. Beobachtungen vom Mittwoch, 6. Juli 1921, 8 Uhr morgens (M.G.Z.)

Table with columns: Ort, Luftdr., Wind, Wetter, etc. Locations include Hamburg, Königsberg, Berlin, Frankfurt, München, Hannover, Stockholm, Göttingen, Bonn, Köln, Wiesbaden, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Regensburg, Nürnberg, Bamberg, Bayreuth, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt, Koblenz, Trier, Saarbrücken, Saarbrücken, Saarbrücken.

Beobachtungen badischer Wetterstationen 7. Juli morgens

Table with columns: Luftdr., Wind, Wetter, etc. Locations include Wertheim, Königstuhl, Karlsruhe, Baden-Baden, Birmingen, Heidelberg, St. Blasien, Mannheim.

Allgemeine Witterungs-Uebersicht.

Das Hochdruckgebiet breitet sich langsam nachwärts aus. In seinem Bereich hat Süddeutschland meist heiteres trockenes Wetter mit allmählich steigender Wärme.

Wetterausblick für Donnerstag, den 7. Juli

Mehr heiter, trocken, allmähliche Erwärmung. Rhein-Wasserspiegel morgens 6 Uhr: 6. Juli 1.60 m, 7. Juli 1.60 m, 8. Juli 1.60 m.

Der an Säuerungen leidet, bitte sich mit dem

Wetter zu schneiden. Bötig acrobios, dabei erkrankt sich schnell wirkend, ist das in allen Progerien u. anderen erblichen Säuerungen-Lebensbed. mäßig vorzuziehen auf der Sohle durch Schwere...

Saison-Ausverkauf. Herren - Artikel, Wäsche, Schürzen, Korsetts, Taschenbücher. Includes list of items and prices.

Saison-Ausverkauf. Für die Reise empfehlen. Sport-Blusen, Strickjacken, Ueberblusen. Gebrüder Ettlinger, Kaiserstraße 199.

HERMANN TIETZ

Verkauf soweit Vorrat.

SAISON-AUSVERKAUF

In fast allen Abteilungen

Weit herabgesetzte Preise Gelegenheitskäufe

Einige Beispiele:

Komplette Küchen weit unter Preis.	Tafelgeschirr für 6 Personen, 23-teilig, Porzellan, schöne Blumenmuster 290⁰⁰	Tafelgeschirr für 6 Personen, 23-teilig Steingut, schön bedruckt. 125⁰⁰	Herren-Trikothosen 29 ⁵⁰
Eisschränke weit unter Preis	Haushaltwaren	Porzellan, weiß	Herren-Trikot-Jacken 24 ⁵⁰
Bettkattun ca. 80 cm Meter 12 ⁷⁵	Emaill-Küchenschüssel weiß 9,00	Teller flach und tief 5,25	Knab.-Trikothosen lg. 19 ⁵⁰ kurz 16 ⁵⁰
Wasserdichter Stoff f. Mäntel u. Stores Meter 13 ⁷⁵	Emaill - Waschbecken 34 cm 14,50	Terrinen oval 32,50	Damen-Hemdosen gestrickt . 22 ⁵⁰
Druck-Decken ca. 100+100 cm . . 19 ⁷⁵	Kochtöpfe mit Deckel 22 cm Stück 19,50	Salatiere 5,25 7,50	Damen-Untertailen gestrickt . 17 ⁵⁰
Herrentaschentücher weiß Stück 2 ⁵⁰	Ovale Waschwannen, 52 cm 35,00	Kaffeekannen groß 12,50	Damen-Nachthemden
Herrentaschentücher m.Hohlraum Stück 3 ⁷⁵	Wassereimer verzinkt, 28 cm . . 13,50	Milchkannen groß 5,25	guter Stoff, rings festoniert 39 ⁷⁵
Damentücher gestickte Ecke . Stück 3 ⁷⁵	Gaskocher mit 2 Fortkochstellen . 170,00	Obertassen 1,45	feinfädig rings garniert 49 ⁷⁵
Kindertaschentücher Stück 95 [¢]	Rein Aluminiumgeschirr in nur guter Ausführung besonders billig.	Untertassen 95 [¢]	Prinzeß-Röcke Empireform . . . 75 ⁰⁰
Sportstutzen grau mit Riegel . . . 19 ⁵⁰	Wandkaffeemühlen mit Porzell.-Behälter 46,50	Porzellan, dekoriert	Blusen-Schürzen gute Stoffe 24 ⁵⁰ 29 ⁵⁰
Kinder-Söckchen je nach Größe Paar 3 ⁵⁰ 5 ⁵⁰	Fleischmaschinen mit 3 Messern 32,50	Kaffeegeschirr für 2 Personen . 19,75	Kleider-Schürzen 46 ⁵⁰
Herren-Faltenhemden weiß 4 ⁷⁵	Rosshaarhandfeger 9,50	Kaffeegeschirr für 6 Personen . 45,00	Kind.-Schürzen Doppeldruck Gr. 45-80 16 ⁵⁰ 30 ⁵⁰
Gummi-Hosenträger 7 ⁷⁵ 10 ⁷⁵	Rosshaarbesen 19,00	Gemüseschüssel groß 15,75	Herren-Nachthemden . St. 66 ⁰⁰
Herren-Loden-Mäntel 185 ⁰⁰	Scheuerbürsten extra große . . 90 [¢]	Obstservice 7-teilig 28,50	Herrensocken gestrickt Paar 9 ⁷⁵ Wolle Paar 12 ⁰⁰
Herren-Hosen . . . 67 ⁵⁰ 85 ⁵⁰	Bürstengarnitur 4 teilig 8,75	Milchgießer Satz, 6 Stück . . . 28,50	Kinderstrümpfe Gr. 3-6 Paar 5 ⁵⁰ bis 8 ⁵⁰
Korsetten weiß, extra lang, mit Haltern 49 ⁵⁰	Bügelkohlen 1 kg 2,25	Kuchenteller, Butterdosen Stück 7,50	Rock-Stickereien Meter 5 ⁹⁰
	Küchengerät 13-teilig 32,50	Tassen mit Rosenmuster . . . 5,25	Filet-Spitzen u. Einsätze Meter 2 ⁷⁵
	Handtuchhalter mit Konsole . . 12,75	Steingut	Voile-Volants für Kleider . . Meter 10 ⁷⁵
	Waschbretter starke Zinkeinlage . 8,35	Gemüsetonnen bunt 5,75	Filet-Motive 65 [¢]
	Kleiderbügel 6 Stück 5,35	Waschgarnitur 4 teilig, bedruckt 55,00	
	Ampel für Gas od. Elektrisch komplett 85,-	Nachtgeschirre 5,75	
	Zuglampe für Gas oder Elektr. kompl. 160,-	Schüsseln Satz 17,50	
		Teller tief und flach Stück 1,45	
		Suppenschüsseln 6,50	
		Gemüseschüsseln 3,15 4,50	
		Kronen für Elektrisch 190,-	
		Zuglampen für elektrisch, mit Seidenschirm 285,-	

Wegen Raummangel müssen wir uns auf die Anführung einzelner Beispiele beschränken. Im ganzen Hause unterliegen fast alle Waren der enormen Preisherabsetzung.

Bauarbeitergenossenschaft „Selbsthilfe“ e. G. m. b. H.
 Karlsruhe Wilhelmstraße 47
 Postscheckkonto Nr. 10 661 Telephon Nr. 5209
 Bankkonto: Straus & Co.
 Übernahme sämtlicher Erd-, Maurer-, Beton-, Zimmer-, Gipser-, Steinhauer- und Dachdeckerarbeiten unter Zusicherung solider und sauberer Ausführung bei **mäßigen Preisen**. Besonders günstige Bedingungen bei Reparaturen und Umbauten.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche uns anlässlich des unerwarteten Hinscheidens unseres treubesorgten und unvergesslichen lieben Mannes und Vaters in so überaus reichem Maße erwiesen wurde, sprechen wir allen unseren tiefgefühlten Dank aus.
 Insbesondere danken wir auch Herrn Stadtpfarrer Schulz für die trostreichen Worte am Grabe, sowie Herrn Direktor Scherer vom Gartenamt, Herrn Ober-Einnehmer Bronner, dem Herrn Vertreter des Vereins Städtischer Beamten und Arbeiter, sowie des Pionier-Vereins für ihre dem Entschlafenen gewidmeten ehrenvollen Nachrufe und Kranzspenden.
 Auch danken wir den Städtischen Behörden sowie Körperschaften für die uns bezeugte überaus wohlthuende Anteilnahme.
 Karlsruhe, den 6. Juli 1921.
 Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Seemuth.

Von der Reise zurück
J. Eckert, Dentist
 Hebelstraße 13. Telephon 2910.

Geschäftsverlegung
 Von heute ab befinden sich unsere Geschäftsräume
Degenfeldstr. 4
 frühere Brennerei Odenheimer
Schnurmann & Co.
 Metzgerei-Bedarfsartikel.

Ausführung
elektr. Anlagen
 jeder Art billigst.
 — Man verlange Offerten und Referenzen. —
Firma H. Wittmann
 Karlsruhe i. B.
 Werderplatz 31. Telephon 3687.

KRAGEN-SCHORPP
 wäscht u. bügelt in altbekanntester Ausführung
 Annahmestellen in allen Stadtteilen.

Neuanlegen und Instandhaltung von Haus-, Zier-, Obst- und Gemüsegärten, sowie das Schneiden der Formobstbäume und Balkonkästchenpflanzung übernimmt hier und auswärts bei billigster Preisberechnung
Paul Bardenwerper
 Kunst- und Landschaftsgärtner
 Werderstraße 16, 4 Treppen.
 Offizierte billigst: Obstbäume, Rosenobst, Stauden, Zierpflanzen, Sämereien und Düngemittel.

Der Puppenleid heilt alle Zeit!
 die erste
 Karlsruher Puppenklinik
 H. Bieler, Kaiserstr. 223
 *) das ganze Jahr hindurch.

Motten samt Brut
 in Polstermöbeln, Teppichen etc. werden in meinem Gasraum unter Garantie radikal vertilgt. Keine Beschädigung der Gegenstände.
 u. H. A. Friedrich Springer, Karlsruhe, Marktgrafenstraße 52.
 Telephon 3263.

Oelfarben
 Lackfarben — Rostschutzfarben
 Bodenlacke — Möbellacke — Holzbeizen
 alles gebrauchsfertig — guttrocknend.
Maler-Artikel
 vorteilhaft im Farbengeschäft
 Fachmännische Bedienung.
 Maler-, Anstreicher- und Zimmer tapezierarbeiten werden billig ausgeführt von Malergesellschaft Emil Daeidner
 Werderstraße 53, Wohnhaus: Schönenstr. 15.

Badisches Kinderleben in Spiel und Reim
 von G. Schläger
 Nr. 15 der Heimatflugblätter
 „Vom Bodensee zum Main“
 herausgegeben vom Landesverein Badische Heimat
 50 Seiten mit 14 Abbildungen.
 Preis Mf. 6,75.
 Schläger bespricht die herkömmlichen, von Helmen und Pied begleiteten Beschäftigungen unserer Kinderwelt, ihre Spiele im Wechsel der Jahreszeiten, ihre Ausdehnungen von Haus und Zier, Liederchen und Reimchen — eben alle die rhythmischen Formen, die hinein-schauen lassen in die Kinderseele. Wortlaute aus ganz Baden gehalten das Bild vielfarbig und machen das Heft überall hochwillkommen.
 Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und vom Verlag:
C. S. Müller'sche Hofbuchhandlung m. b. H.
 Karlsruhe (Baden), Ritterstraße 1.

Saison-Ausverkauf **Äußerst preiswert.**
Nur solange Vorrat.

Moderne **Kinder-Kleidchen**
Strickjacken reine Wolle, sehr schöne Form und Qualität
 Mark 190.—
 Mark 168.—

Kinder-Mäntel in la Wolle gestrickt und Flausschossen
 von Mf. 26.— an

Moderne **hübsche Ueberblusen** in verschiedenen Farben
 Mf. 38.—

Julius Strauß
 Modewaren,
 Kaiserstraße 189

Saison-Ausverkauf

Wirtschafts- und Handelszeitung

Der Preisabbau in Italien.

Ein Erfolg der Konsumtenabwehr: 50 % iger Preisrückgang. Wiederbelebung der Kaufkraft der Bevölkerung. Was heute die wichtigsten Bedarfsartikel kosten.

(Von unserem italienischen Mitarbeiter.)

Der Preisabbau in Italien, von dem in der letzten Zeit verschiedene kurze Notizen aus in die deutsche Öffentlichkeit gedrungen sind, schreitet rüstig vorwärts. Seine Gründe sind klar. Einerseits ist die Warenfülle der Nachkriegszeit aus voll zugänglichen geworden und andererseits hat der Preisrückgang eine erhebliche Besserung erfahren. In den letzten drei Wochen sind die Preise der wichtigsten Bedarfsartikel, also die der Textilien, ganz enorm gesunken und auch die Lebensmittelpreise haben einen nennenswerten Rückgang erfahren. Das der Preisabbau sich vollzogen ist, wie schon angedeutet, wirtschaftlichen Gründen zuzuschreiben; daß er aber so schnell und gleich in so bedeutendem Maße eintrat, ist dem Abwehrkampf der Konsumenten zuzuschreiben, die in der letzten Zeit, einer Parole der sozialistischen und der bürgerlichen italienischen Blätter folgend, den Kauf nicht unumgänglich notwendiger Gegenstände unterlassen haben. So still und von der auswärtigen Öffentlichkeit fast unbemerkt der Warenabbau in Italien von seiten der Verbraucher inszeniert wurde, so groß ist schon bei jetzt der Erfolg, den die mittelständischen Konsumenten erlitten: fast alle Waren wurden in den letzten Tagen um Preise um 50 % herabgesetzt und werden in der Folgezeit noch eine weitere Ermäßigung erfahren. Dabei sind, wie man bisher sah, die nach Kriegsbegriffen mit einer großen Preisbewegung verbundenen wirtschaftlichen Schäden des Handels und der Industrie nicht eingetreten, denn die Fallmoms, von denen man bisher dachte, vermögen wohl kaum das Wirtschaftslieben ernstlich zu erschüttern. Der Verlust, den der Preisrückgang einzelnen mit Warenverbänden überhäuferten Firmen aufzählt, wird eben ausgeglichen durch die in der Kriegszeit und den folgenden Monaten angekauften, über das gewöhnliche Maß hinausstehenden Gewinne.

An einigen Waren sei der bisherige Preisabbau dargestellt: Ein Herrenanzug (Konfektion), der im Oktober 1920 noch 400 Lire kostete, ist heute um 250 Lire zu erhaschen, ein nach Maß gearbeiteter Herrenanzug, der im März 1921 nicht unter 600 Lire zu haben war, kostet heute 450 Lire, ein Damenkleid, das im März 1921 500 Lire kostete, wird jetzt mit 300 Lire angeboten. Der Meter Leinwand ist von 12 Lire (alles im März 1921) auf 7 Lire gesunken. Ähnlich steht es bei allen anderen Gegenständen: Herrenhose kostete heute 20 Lire, früher 30 Lire, Strohhüte 18 Lire, vor drei Monaten 25 Lire, einfache Damenhüte 40 Lire, früher 80 Lire, fertige Herrenschuhe besserer Qualität 80 Lire, früher 110 Lire, ein Herrenhemd 20 Lire, früher 28 Lire, ein Damenhemd 18 Lire, früher 25 Lire, ein Kinderkleid 80 Lire, früher 170 Lire, ein Stück Rohstoff mittlerer Güte, ausreichend für einen Herrenanzug 120 Lire, früher 172 Lire, ein Hemd 30 Lire, früher 35 Lire, ein Jackett 120 Lire, früher 2 Lire, ein Stuhlmitelbogen 3 Lire, früher 4 Lire, ein Liter Brennspritus 7 Lire, noch vor einigen Wochen 10 Lire, ein Kilogramm Stearinkerzen 7 Lire, früher 9 Lire, Damenhemden erster Güte 14 Lire, früher 22 Lire, Damenunterhosen 20 Lire, früher 30 Lire, Strümpfe aus Baumwolle 5 Lire, früher 10 Lire, Seidenstrümpfe 13 Lire, früher 25 Lire, schwerer Damennam 6 Lire, früher 10 Lire, Jourtafenschneider per Dutzend 17 Lire, früher 20 Lire.

Auch die Lebensmittel sind sehr im Preise gesunken. Heute zahlt man für Schweinefleisch 6 Lire, im März war es nicht unter 13 Lire zu haben. Geruchterter Speck notiert per Kilo mit 13 Lire, gegen 18 Lire im Frühjahr. Gebrannter Kaffee kostete 30 Lire gegen 25 Lire im März. Butter ist per Kilo um 6 Lire gesunken und wird gegenwärtig mit 19 Lire bezahlt. Schweinefleisch kann man heute schon um 14 Lire per Kilo kaufen, indes er vor wenigen Monaten noch 18 Lire kostete. Hülsenfrüchte kosten per Kilo durchschnittlich 1 Lire, sind sich mittig im

Preis gleich geblieben. Rindfleisch ist per Kilo um 2 Lire gesunken und kostet heute 8 Lire, Schafffleisch 7 Lire, Kernsette 6 Lire, gegen 10 Lire vor drei Monaten. Del kostet per Kilo etwas über 5 Lire, wogegen es vor dem Konsumentenboom mit 12 Lire bezahlt werden mußte. Eine ganz außerordentliche Ermäßigung haben auch die Weinpreise erfahren. Wenn auch im Gashause selbst ein Liter guten Weines immerhin noch mit 2,80 Lire bezahlt werden muß (gegen 3,60 Lire vor einigen Monaten), so wird der Wein über die Gasse nunmehr zu jedem annehmbaren Preis veräußert. In den Gasthäusern kann man mittleren Wein schon um 2,20 Lire kaufen. Noch billiger sind die Weine in den italienischen Großhandlungen, die heute eine Zweifelhülse des von Kennern als gut gerühmten Cianti um 2,20 Lire bis zu 3,60 Lire abgeben.

In Südtirol selbst sind die Preise noch merklich höher, was darauf zurückzuführen ist, daß der Konsumtenboom dort nicht bis dorthin gegriffen hat, weil sich die deutsche Presse in Südtirol nicht mit jenem Eifer in den Dienst des konsumierenden Mittelstandes gestellt hat, wie die italienischen Zeitungen. Aber trotzdem hält instinktiv die Bevölkerung mit den Käufen zurück, weil sie eben der Meinung ist, daß der enorme Preisabbau, dem der ganze italienische Handel unterworfen ist, nicht vor Salurn haltmachen kann. In Südtirol haben sich dieser Tage die Faschisten mit einem zweisprachigen Aufruf an die Südtiroler Bevölkerung und an die Bürgermeister gewendet, um die Preisherabsetzung zu beschleunigen. Wiewohl man seit dem 24. April von den Faschisten in deutschen Kreisen nicht die beste Meinung hat, so hat immerhin die Absicht der Faschisten, unter Umständen eine Verbilligung der Lebensmittel zu erzwingen, sympathisch berührt.

Aus der ganzen Preisabbaubewegung ergibt sich, daß die Befürchtungen von einem wirtschaftlichen Niedergang Italiens sich nicht erfüllen, sondern daß im Gegenteil durch die Stabilisierung des Preisniveaus eine wenn auch bescheidene Annäherung an die Vorkriegspreise eintritt. Jetzt, da die Konsumten das bedeutende Sinken der Preise wahrgenommen haben, hat wieder die Kaufkraft eingesetzt, die es den Händlern leichter macht, den durch den überhöhten Preisrückgang erwachsenen materiellen Schaden zu ertragen.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Die Messestadt Frankfurt.

Am 1. d. Mts. sprach auf Einladung der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels Herr Dr. Braun vom Messa- mit Frankfurt in der Ortsgruppe Etlingen über das Thema: „Die Messestadt Frankfurt und die Reichsausstellung für Kolonialwaren und Lebensmittel.“ Der Redner verstand es, in interessanten Darlegungen ein Bild der gegenwärtigen Wirtschaftssituation zu entwickeln, in das er dann eine Betrachtung des modernen Messenwesens im allgemeinen und der Entwicklung und Bedeutung der Frankfurter Internationalen Messe im besonderen einleitete. Die zahlreichen Stichwörter, die der Redner zeigte, unterstützten seine überzeugenden Ausführungen von der Bedeutung der Stadt Frankfurt als Messe- und Ausstellungstadt. Die Herbstmesse d. J. findet vom 26. September bis 1. Oktober statt und wird 30 Ausstellungsgruppen umfassen. Vom 21. bis 27. August veranstaltet der Reichsverband der deutschen Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler eine Reichsausstellung für Kolonialwaren und Lebensmittel, deren technische Durchführung das Reichamt Frankfurt übernommen hat. Der Redner verbreitete sich eingehend über die Organisation und die Gliederung dieser Ausstellung, die eine große und machtvolle Demonstration einer ganzen erwerbsmäßigen Schicht sein wird. Er konnte mitteilen, daß bereits heute schon die Ausstellung einen Umfang erreicht hat, die alle Erwartungen übersteigt. Die Ausstellungsleistung hat sich daher genauungen geziehen, ihren ursprünglichen Plan, die Ausstel-

lung im Hause Offenbach zu veranstalten, aufzugeben und die Ausstellung in der großen bekannten Halle durchzuführen. Die „ausführlichen Besprechungen“ wurden mit Beifall aufgenommen und von Herrn Westphal von der Landeszentrale in Karlsruhe mitzutragen ergötzt. Herr Auf, Etlingen, der die Veranstaltung leitete, schloß gegen 11 Uhr mit Worten des Dankes und mit der Aufforderung, der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels beizutreten.

Literatur.

Kohlenweltmarktpreise. Zu der angeführten der Reparationsverpflichtungen in Aussicht genommenen Annäherung der Kohlenlandspreise an den Weltmarktpreis schreibt die „Weltwirtschafts-Zeitung“, das offizielle Organ des Deutsch-Oberösterreichischen Wirtschaftsverbandes (Berlin B. 35): Wenn von französischer Seite darauf hingewiesen worden ist, daß die Entente eine durch Steuererhöhung veranlaßte Herabsetzung der Kohlenpreise nicht als maßgebend für die Preise der Zwangsstofflieferungen anerkennen würde, weil diese Herabsetzung nur auf dem Zwede erfolge, um eben die Preise für diese Zwangslieferungen in die Höhe zu treiben, so geben die Franzosen von ganz falschen Auffassungen aus. Erstein einmal wurden die Erhöhungen nicht allein vorgenommen, um die Preise für die Entente zu steigern, sondern um Mittel für die Erfüllung der Reparation zu gewinnen. Zweitens ist die Preisbildung der deutschen Kohle durch den Friedensvertrag nicht an die Zustimmung der Entente gebunden, und es steht nirgends geschrieben, daß die deutschen Kohlen unter Weltmarktpreisen an Frankreich, Belgien und Italien geliefert und daß diesen Ländern neben der offenen Kriegsschuld auch noch eine heimliche und indirekte gezahlt werden müsse.

Arbeitsrecht und Wirtschaftsfrage. In dem letzten erschienenen 5. Heft der Stuttgarter Zeitschrift „Arbeitsrecht“ behandelt der Herausgeber Dr. Potthoff in München den Aufbau und die Aufgaben des in Art. 165 der Verfassung vorgesehenen Ratesystems und empfiehlt die Wirtschaftsfrage vor allem an die Arbeitsverwaltung anzuschließen, da für sozialwirtschaftliche Aufgaben die Vorbedingungen nicht gegeben sind. Selbstverwaltung im Arbeitsrecht durch Übertragung der Verwaltungs- und Aufsichtsbestimmungen über Arbeitsschutz, Arbeitszeit usw. von den staatlichen Behörden auf die Wirtschaftsrate. Ein höchst interessanter Aufsatz des Reichsanwalts Dr. Hensefeld zeigt die juristische Verwandtschaft zwischen Betriebsrat und Kommanditgesellschaft. Der frühere preussische Finanzminister legt seine Pläne über die Teilnahme aller Arbeiter an der Produktion und Leitung dar, der frühere österreichische Minister Dr. Penner schildert das englische „Welfare State“ als neue Art von praktischem Sozialismus dargestellt.

Börse—Handel—Industrie—Gewerbe

Frankfurter Böse.

w. Frankfurt a. M., 6. Juli. Die Tendenz war heute wieder unregelmäßig. Man konnte beobachten, daß die Börse eher mit Abgaben an den Markt kam. Das Geschäft war vielfach ruhiger. Immerhin trat in vereinzelt Sonderpapieren Kaufneigung hervor. Am Montag überwogen die Kursabschwächungen, die sich auf 1-5 Proz. stellten. Oberbedarf setzten etwas höher ein. Kali-Westergüter 500 hielten 3 Proz. ein. Unter den Elektrizitätswerken hielten die Verkaufsaufträge an. Es kam wiederum zu Kursabschwächungen, wobei A.E.G. bei erster Notiz 4 Proz. verloren. Lahmeyer, Licht und Kraft und Siemens & Halske fanden ebenfalls zu ermäßigten Kursen Aufnahme. In Scheideanstalt war wiederum großes Geschäft. Bei Beginn lagen größere Kaufordres vor, wodurch die Kurse mit 695 35 Proz. gesteigert wurden. Badische Anilin 410, Elektro Griesheim fest 319. In den übrigen Werten dieses Gebietes sind keine besonderen Änderungen zu verzeichnen. Anglo Guano 425 wurden 7 Proz. höher bezahlt. Daimler-

Motoren angeboten 213 minus 10 Proz., junge Daimler 198, Adlerwerke Kleyer, Zellstoff Waldhof, Hirsch Kupfer gut behauptet. Zu wesentlich höheren Kursen standen Lederfabrik Spier in Nachfrage. Der Kassamarkt bot keine Anregung, da sich Verkaufsaufträge einstellen. Einzelne Maschinenfabrikaktien wurden niedriger genannt. Im freien Verkehr hielten sich die Umsätze in bescheidenen Grenzen. Lebhaft waren Deutsch-Petroleum 800-905, Philipp Holzmann wurden 356-357, Benz-Motoren 226, chemische Rhenania 820 genannt. Im Verlaufe wurde der Verkauf ruhiger, doch blieben die Kurse am Schluß gut behauptet. Privatskont 3 3/4 Prozent.

w. Frankfurt a. M., 6. Juli. (Eig. Drahtbericht). Abendböse.

Devisen: Brüssel 595, Holland 2480, London 281, Paris 600, Schweiz 1270, Italien 367, Neuyork 75 1/2. Tendenz: fest.

Effekte: Mitteld. Kreditbank 165 1/2, Wiener Bankverein 40 1/2, Gelsenkirchen 404, Harpener 546, Zellstoff Aschaffenburg 675, Bad. Anilin 406, Adler & Oppenheimer 1676, Schuhfabrik Herz 254 1/2, Els. Baumwolle 513, Waggon Fuchs 450. Tendenz: ruhig.

Berliner Böse.

w. Berlin, 6. Juli. Die Börse war anfangs unsicher auf die bevorstehenden Steuerfragen und die unerfreuliche politische Lage, die vielfach zur Zurückhaltung Anlaß gab. Mannesmann stellten sich aber gleich zu Beginn um 16 Proz. höher, Buderus um 8 Proz., Rheinische Braunkohle um 10 Proz., Rhein Stahl um 8 Proz. Vorwiegend waren jedoch die Abschwächungen bei zumeist mäßigem Umfang namentlich in Farbwerken und Elektrogeräten zu verzeichnen. Augsburg-Nürnberg Maschinen setzten die Aufwärtsbewegung fort. Späterhin trat Befestigung im Zusammenhang mit der Steigerung der Devisenkurse hauptsächlich am Montanmarkt ein. Valutapapiere waren im allgemeinen gebessert. Der Anlagemarkt war fest. Deutsche Anleihen teilweise anziehend.

Industrien.

Badische Bauernbank a. G. m. B. H., Freiburg i. B. Die Mitgliederzahl stieg 1920 auf 752 (i. V. 638). Bei Mk. 1193 (339) Mill. Umsatz ergibt sich ein Gewinn von Mk. 164 551 (85 088), woraus wieder 6 Prozent Dividende verteilt werden.

Die Rheinische Hoch- und Tiefbauaktiengesellschaft wurde mit einem Aktienkapital von 4 Millionen Mark in Mannheim gegründet, die Hoch- und Tiefbauten aller Art ausführen sowie die einschlägigen Materialien herstellen will. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender Kommerzienrat Th. Frank-Mannheim, stellv. Vors. Direktor Oscar Bühning-Mannheim, ferner Bankdirektor Richard Betz-Karlsruhe, Kommerzienrat Dr. Hans Clemm-Mannheim-Waldhof, Bankier Max Goldschmidt-Mannheim, Bankdirektor Otto Gugenheim-Karlsruhe, Fabrikbesitzer Hans Georg Katz-Gernsbach und Direktor Gustav Nied-Mannheim. Zum Vorstand der Gesellschaft wurde Direktor E. Kappes-Mannheim bestellt.

Versicherungswesen.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter). Am 30. Juni fand die 66. ordentliche Generalversammlung statt, in der 819 Stimmen vertreten waren. Die Bankleitung berichtete über die geschäftlichen Ergebnisse des Jahres 1920, die die des Vorjahres weit hinter sich ließen. Die Bank hat nunmehr die 2. Milliarde im Versicherungsbestande überschritten. In der Todesfallversicherung wurde ein Ueberschuss von Mk. 10 510 859,16 einschließlich der den Gewinnrücklagen der Versicherten vorweg zugeschriebenen Zinsen im Betrage von Mk. 878 646,93 erzielt. Von dem Ueberschusse fließen satzungsgemäß Mk. 7 224 159,17 in die Dividendenreserve, Mk. 1 908 053,06 in den Dividendenergänzungsfonds und der Rest mit Mk. 500 000,— in den Pensionsfonds der Bankbeamten. Die Valutareserve wurde um 17 Millionen Mark auf 25 Millionen Mark erhöht. Die Bilanz und die vorgeschlagene Verwendung des Ueberschusses wurden genehmigt und Aufsichtsrat und Vorstand Entlastung erteilt. Den Antrag weniger Bankmitglieder auf eine Satzungsänderung lehnte die Generalversammlung mit Mehrheit ab.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Table with multiple columns showing market data for Frankfurt, Berlin, and Zurich. It includes sections for 'Frankfurter Kursnotierungen', 'Berliner Kursnotierungen', 'Devisennotierungen', and 'Devisenkurse im Freivorkehr'. Each section lists various financial instruments and their corresponding prices and percentages.

Unterhaltungs-Beilage

Seltene Bächerereien.

Blauderei von Siegfried Reus.

Ein gutes Buch ist wie ein treuer Freund, immer wieder unterhalten wir uns gern mit ihm.

Um sich heute eine Auswahl unserer Klassiker anzuschaffen, dazu gehört schon ein gut Stück Geld.

Die größte Bächererei Europas ist die Pariser Nationalbibliothek mit über 2 1/2 Millionen Bänden.

Amerikas Millardäre leisten sich außer namhaften Schenkungen für öffentliche Bibliotheken (der verstorbenen Carnegie hat für die Errichtung von Volksbüchereien und Lesesälen 51 Millionen Dollars gestiftet).

Der wertvollste Teil der Sammlung ist in einem dritten Saal mit Stahlwänden und -türen untergebracht.

Erstaunlich hohe Preise weist der amerikanische Büchermarkt für Seltenheiten zu.

Bei wertvollen Handschriften ist nicht ratsam, sie durch zu viele Hände wandern zu lassen.

In früheren Zeiten zahlte fast niemand hohe Preise für irgendwelche Bücher.

wohl an 30 000 Franken in Silberwerten, aber für kaum 30 Franken Bücher vorhanden waren.

Das Kind.

Auf einem Bodenjee-Dampfer.

Auf dem Verdeck der 1. Klasse ergeben sich lichtgewandte Damen und Herren, die Hände in den Manteltaschen, und blicken sich voll Anerkennung über den Sonnenuntergang.

Die Herrschaften da oben verfügen über Geld und Zeit, die Zweifelfässer müssen sich mit beidem einschränken.

Bemerkungen auffangen: „Ein schönes Kind!“ „Gut gehalten!“ „Ein reizender Junge. Alles was wahr ist!“

Kleines Feuilleton.

Ein langwieriger Prozeß.

In der kulturgeschichtlichen Studie des Dr. Johannes Kleinpaul „Von rascher Justiz und langen Prozessen“ möchte ich in Erinnerung an den Satz „Warum denn in die Ferne schweifen usw.“

Der englische „Imperator“.

Kürzlich machte der frühere deutsche Dampfer „Imperator“ seine erste Fahrt unter englischer Leitung und mit englischer Mannschaft, und zwar von Neuport nach England.

Kunst und Wissenschaft.

Römische Funde am Rhein.

Bei Freins-Lamersdorf, drei Kilometer nördlich von Langerwehe, stieß man bei Ansbüttung eines Hohlweges auf römische Trümmer.

funden wurde, das sich im Bonner Provinzialmuseum befindet.

Die Würzburger Residenz als Museum.

Die Würzburger Residenz, einer der großartigsten Barockbauten Deutschlands, ist jetzt dem öffentlichen Besuche freigegeben.

Ein Protest schweizerischer Chirurgen.

Der internationale Chirurgenkongreß hat im vorigen Jahr den Ausschluß der deutschen Chirurgen beschlossen.

Badische Landesbibliothek.

Sammlungsauswahl.

Die Landesbibliothek kann von jedem erwachsenen Landesbewohner kostenlos benutzt werden.

der Dampfer nur sechs gebraucht. Nachher bezichtigten die englischen Zeitungen: Infolge schlechten Wetters kam der Dampfer mit Verspätung an.

Eine Schreckenstat indischer Fanatiker. Der amtliche Bericht über die Aufstandsbewegung, deren Schauplatz das in der britischen Regentischaf Adjudant gelegene Sitrofi war, erwähnt auch eine grauenvolle Szene.

Humor.

Frau A.: „Behandeln Sie Ihre Köchin, als sei sie ein Glied der Familie?“

In einer Vorstandssitzung beklagte sich einer der Beteiligten über die Langsamkeit, mit der die Sache verhandelt wurde.

Schulinspektor Jart hat bekannt dafür, daß er bei seinen Besuchen stets die Frage an die Schüler richtete, was sie tun würden, wenn in der Schule ein Brand entstände.